



Ausschuss für Europa und Internationales

17. Sitzung (öffentlich)

12. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:16 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Gespräch mit Vertretern der Engagement Global gGmbH | 5 |
| 2 | Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing! | 17 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4589

Ausschussprotokoll 18/412 (Anhörung am 10.11.2023)

– Wortbeiträge | |
| 3 | Europa einfacher erfahrbar machen: Ausbau der Nachtzugverbindung von Aachen nach Amsterdam unterstützen | 23 |
| | Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7205 | |

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

4 Reisebericht Ungarn (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **24**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

5 Reisebericht USA (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **29**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Rückblick auf die erstmalig von der Landesregierung ausgerichtete Woche der Menschenrechte (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **32**

– Wortbeiträge

7 Hilfe für die Ukraine: Förderprogramm „Wiederaufbauprojekte NRW-Dnipropetrowsk (Ukraine)“ (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2109

– Wortbeiträge

8 EU-Projekttag an Schulen in Nordrhein-Westfalen 2024 (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2114

– Wortbeiträge

- 9** **Europäischer Gesundheitsdatenraum – Bedeutung für Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2094
- Wortbeiträge
- 10** **Sanierung von Gebäuden in der Europäischen Union** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2102
- Wortbeiträge
- 11** **Was bedeutet das „Gesetz über Künstliche Intelligenz“ für NRW?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2110
- Wortbeiträge
- 12** **Wie bewertet die Landesregierung die Einigung zum „EU-Lieferketten-gesetz“ für NRW?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2099
- Wortbeiträge
- 13** **Was bedeutet die allgemeine Ausrichtung zur „Netto-Null-Industrie-Verordnung“ des Rates für NRW?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2103
- Wortbeiträge

14 Verschiedenes

45

hier: **Schalom-Chaveruth: Solidaritätspartnerschaften NRW-Israel**

* *

1 Gespräch mit Vertretern der Engagement Global gGmbH

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße unsere Gesprächspartner, Herrn Dr. Kreuter und Herrn Hennig von Engagement Global. Vielen Dank, dass Sie heute den Weg zu uns gefunden haben und dass Sie Zeit für uns finden.

Uns interessiert natürlich Ihre Arbeit. Deswegen haben wir Sie eingeladen. Wir haben für diesen Tagesordnungspunkt ca. 45 Minuten vorgesehen. Sie berichten uns in einem Eingangsstatement von Ihrer Arbeit, vielleicht haben Sie auch Wünsche an uns. Dann gibt es Fragerunden, Diskussionsmöglichkeiten für die Ausschussmitglieder. Wer fängt an? – Herr Dr. Kreuter, Sie haben das Wort.

Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr. Ich habe verstanden, von den 45 Minuten soll ich die ersten 60 Minuten jetzt reden, das mache ich gerne. Ich will mich kurz fassen, in drei Punkten einführen, einen kurzen Überblick geben: Was macht Engagement Global? Zweiter kurzer Punkt: Was macht die Außenstelle Düsseldorf? Und dann drittens ein bisschen konkreter die Programme vorstellen, die wir für Sie durchführen. Die Wünsche sind tatsächlich überschaubar. Ich glaube, vielleicht anders als viele andere Gäste, die Sie haben, wollen wir eigentlich nichts von Ihnen. Wir wollen, dass Sie zufrieden sind. Wir wollen Ihr Dienstleister sein. Das ist die Botschaft. Wir sind die Dienstleister für die Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen und wollen das in guter Qualität machen wie bisher.

Vielleicht ein kurzer Nebenfakt zu meiner Wenigkeit. Ich lebe in Alfter. Wenn Sie eine besondere Beziehung zwischen Herrn Krauß und mir heute feststellen, dann liegt das daran, dass wir faktisch Nachbarn sind und uns bei jedem Dorffest treffen, ansonsten da aber keine große Politik machen, sondern uns sehr nett von Familie zu Familie unterhalten.

Engagement Global, der erste Punkt, ist eine Organisation des BMZ, offiziell eine gGmbH in 100-prozentiger Trägerschaft des Bundes am Standort Bonn. Die Hauptstelle liegt in Bonn. Sie waren vor wenigen Monaten beim IDOS und bei der Oberbürgermeisterin. Da hätten Sie fußläufig auch bei uns vorbeikommen können. Da sitzen wir mit inzwischen immerhin 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch für den entwicklungspolitischen Standort Bonn sind wir ein nicht ganz kleiner Player. Wir haben ein paar Außenstellen. Dazu komme ich gleich noch.

Was Engagement Global macht, hat immer mit zwei Stichworten zu tun, nämlich mit Entwicklungspolitik und mit Inland. Wir sind primär Dienstleister des BMZ und dann auch der Länder für die Inlandsarbeit. Das heißt, wenn es um ein irgendein Programm geht, das ausschließlich im Ausland stattfindet, dann wird es die GIZ machen, mit der wir sehr gut zusammenarbeiten. Wir verstehen uns als Geschwisterorganisationen. Wir haben immer einen Fokus im Inland, und wir sind immer in einer Sandwichposition. Wir geben zu 100 % Steuergelder aus. Wir haben also keine eigengenerierten Mittel, sondern wir sind immer Dienstleister für ein Bundesministerium oder ein Land. Und wir führen fast immer die Programme nicht selbst aus. Da sind nur ganz wenige Tagungen,

die wir mal selbst machen, aber das ist die große Ausnahme. Der Regelfall ist: Wir unterstützen Menschen, Organisationen im weitesten Sinne, Zivilgesellschaft, Kommunen, die ihrerseits das eigentliche Engagement vor Ort machen. Es ist für unser Selbstverständnis auch sehr wichtig, uns in diesem Beziehungsgeflecht zu verorten und zu versuchen, in alle Richtungen allen Stakeholdern gegenüber einen optimalen Service zu bieten.

Die Überschrift lautet: Förderung des entwicklungspolitischen Engagements in Deutschland, ausgerichtet an den 17 Nachhaltigkeitszielen – das führe ich jetzt alles hier nicht aus, ich weiß, wo ich bin. Ich setze voraus, dass Sie sich darin mindestens so gut auskennen wie wir. Das Ganze gliedert sich auf in eine große Zahl von Programmen, je nachdem, wie man das zählt, ein bis zwei Dutzend, die sich auch in unserer Aufbauorganisation widerspiegeln. Das sind im wesentlichen vier Säulen. Das bekannteste sind die Austausch- und Entsendeprogramme. „Weltwärts“, das kennt, glaube ich, inzwischen jeder Jugendliche. Jedenfalls alle, die Abitur machen, wissen dass es die Möglichkeit gibt, für ein Jahr ins Ausland zu gehen. Da gibt es verschiedenen andere Programme.

Am finanziell größten ist die Förderung der sogenannten privaten Träger, also alles, was nicht staatlich, nicht kirchlich ist und nicht die politischen Stiftungen. Das sind die privaten Träger, deren Mittel durch uns laufen. Das Förderprogramm heißt „bengo“. Das ist Ihnen vielleicht bekannt. Da finde ich schon bemerkenswert, dass fast 50 % aller Mittel, die wir auf Bundesebene weitergeben, erst mal ins Land Nordrhein-Westfalen fließen.

Bundesweit tätige Organisationen – Deutsche Welthungerhilfe, Kindernothilfe –, die sich nicht primär als nordrhein-westfälische Organisationen verstehen, haben ihre Bundeszentrale in Nordrhein-Westfalen. Wenn man ein bisschen über Standortpolitik nachdenkt und auch den Effekt auf Arbeitsplätze sieht, dann ist das schon sehr bemerkenswert. Wie gesagt, das ist knapp die Hälfte der gesamten Bundesförderung für private Träger, die erst mal an Träger mit Sitz in Nordrhein-Westfalen fließt.

Am stärksten gewachsen – das ist die dritte Schiene neben den Austauschprogrammen, neben den privaten Trägern – in den letzten Jahren ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Ich weiß nicht, ob ich mich darüber freuen oder ärgern soll. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat es in den aktuellen Koalitionsvertrag geschafft, Engagement Global nicht. Wie gesagt, ich freue mich, dass die SKEW inzwischen schon so bekannt ist. Ich ärgere mich natürlich, dass eine Abteilung von mir bekannter ist als ich selbst, als das Dach. Aber damit können wir umgehen.

Wie gesagt, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist sehr gewachsen. Sie alle haben kommunalpolitischen Hintergrund und wissen, warum es wichtig ist, Menschen in den Kommunen und die Kommunen mitzunehmen. Das führe ich jetzt auch nicht weiter aus.

Und die vierte Säule, die vielleicht am meisten in die Breite wirkt, ist das ganze Thema „Bildung“, „schulische Bildung“. Wir administrieren den Schulwettbewerb des Bundespräsidenten mit Curriculaentwicklungen usw., ganz viel Bildungsmaterialien. Über diesen vier Säulen ist gewissermaßen als Dach die Beratung und die Vernetzung. Wir haben

eine sogenannte Mitmachzentrale, eine 0800-er Nummer, bei der wirklich jeder Mensch anrufen kann, mit jeder Idee, mit jeder Frage, die irgendetwas mit Entwicklungsarbeit zu tun hat, und wir versuchen eine Antwort zu geben.

Wir sind ziemlich stolz darauf, dass wir mehr als die Hälfte der Fragen, die wir bekommen, beantworten können, indem wir an andere weiter verweisen. Wir nutzen das nicht als Business-Instrument, um irgendwas von uns zu verkaufen – das ist nicht unser Ansatz –, sondern wenn jemand anruft und das Goethe-Institut oder die Humboldt-Stiftung haben die Antwort, dann ist es trotzdem toll, dass sie bei uns anrufen, dass sie die Nummer kennen und von uns dann eine qualitative hochwertige Antwort bekommen.

Natürlich findet das alles auch in NRW statt, mit Unterstützung von NRW auf vielen Ebenen. Hier sitzt auch die stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums von Engagements Global. Das zeigt, das Land Nordrhein-Westfalen ist sehr prominent bei uns vertreten.

Zur Finanzierung haben wir schon gesagt: Alles Steuergelder, über 99 % der Mitteln, die wir weiterleiten, kommen vom Bund. Mir ist das letzte Prozent trotzdem sehr wichtig, möchte das hier betonen, nicht nur, weil ich heute hier bin, sondern weil die Zuschüsse der Länder für uns eine hohe politische Bedeutung haben. Sie haben keine hohe finanzielle Bedeutung. Aber sie haben eine politische Bedeutung, da die Länder verschiedene Programme aktiv mit unterstützen, Ownership übernehmen. Ich will das mit einem Beispiel deutlich machen. Es gibt das ASA-Programm, das ist im Kern ein Praktikanten- und Bildungsprogramm für Studierende, bei dem Studierende drei Monate ins Ausland gehen – Volumen 3.5 Millionen, NRW ist Mitfinanzierer mit unter einem Prozent, finanziell sekundär, um es ganz vorsichtig zu sagen.

Aber die Programmkonzeption sieht vor, dass es eine Hochschulschiene gibt, bei der wir die Austausch zwischen Hochschulen fördern. Es können nur Hochschulen mitmachen aus Ländern, die sich am Programm beteiligen. Da geht es also gar nicht darum, ob das Land Nordrhein-Westfalen 25.000 Euro oder 2.000 Euro oder meinetwegen auch nur den sprichwörtlichen einen Euro gibt. Aber der sprichwörtliche eine Euro macht deutlich: Da gibt es ein Ownership, wir wollen das, wir sind mit dabei und öffnen die Tür für alle Hochschulen in Nordrhein-Westfalens, um an dem Programm mitzumachen. So viel zur Engagement Global als Dach.

Zweitens zur Außenstelle: Wir haben sechs Außenstellen in Deutschland. Düsseldorf ist die einzige, die nur für ein Land zuständig ist, sie ist die mit Abstand größte. Wir haben elf Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf. Davon sind knapp die Hälfte vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert – dazu sage ich gleich noch einmal was – und arbeiten an der Durchführung von Landesförderprogrammen. Herr Hennig ist heute anwesend. Aber nur ich werde sprechen, nur damit Sie nicht nervös werden, wenn ich die Viertelstunde aufbrauche: Ich darf das, weil ich sein Chef bin.

(Heiterkeit)

Herr Hennig ist Ihnen bekannt. Ich will auch hier in dieser Runde öffentlich sagen, dass wir sehr froh sind über die Art und Weise, wie die Außenstelle aufgestellt ist, und auch über die Art und Weise, wie Herr Hennig die Führungsrolle da wahrnimmt. Immer wenn Sie eine Frage haben, bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an Herrn Hennig, der seit

vielen Jahren hier wirklich einen tollen Job macht, große Dankbarkeit auch meinerseits will ich hier einmal öffentlich sagen. Das läuft aus unserer Sicht jedenfalls wirklich super.

Zentrale Partner unserer Arbeit sind einmal die Staatskanzlei, aber auch – ich habe über die Sandwich-Position gesprochen – das Eine-Welt-Netz in NRW.

Und damit bin ich schon beim dritten und letzten Teil, der Durchführung der entwicklungspolitischen Förderprogramme im Auftrag des Landes. Das ist eine Besonderheit. Das gibt es in der Form nur in Nordrhein-Westfalen. Es gibt verschiedene andere Länder, die sehr neugierig gucken. Wir sind aktuell in Sachsen in relativ konkreten Gesprächen. Sie finden das sehr spannend und nachahmenswert und wollen das mit der Außenstelle Leipzig für Sachsen genauso übernehmen. Da haben Sie eine echte Vorreiterrolle – Leuchtturm würde man heute vielleicht sagen – bei den Abläufen, wobei Sie die Außenstelle Düsseldorf tatsächlich als Dienstleister nutzen für Programme, die rein zu 100% in der Verantwortung des Landes liegen und da natürlich auch bleiben.

Wir bekommen dafür – das kann man auch offen sagen – eine Verwaltungspauschale von 19 %. Da sind wir stolz drauf. Das finden wir nicht so viel. Da gibt es andere, die höhere Verwaltungspauschalen haben, mit denen wir die erwähnten Personal- und auch die Sachkosten in der Außenstelle finanzieren.

Je nachdem, wie man das zählt, gibt es ungefähr sieben Förderprogramme, die ich kurz benennen will, wobei ich zu den letzten dreien ein bisschen mehr sage. Das Erste sind die Auslandsprojekte, da, wo Sie Geld zur Verfügung stellen, damit zivilgesellschaftliche Organisationen aus Nordrhein-Westfalen ihrerseits Projekte im Ausland durchführen.

Das Zweite ist die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in NRW. Das Dritte ist der konkrete Friedensdienst einschließlich der Reverse Variante. Das Vierte sind die Promotoren. Ich setze voraus, dass Sie das alles kennen. Das muss ich jetzt nicht erläutern.

Vielleicht noch ein Punkt, bei dem man in der Bildungsarbeit auch gutes Zusammenwirken sieht. Das kann gut erklären: Was macht unsere Außenstelle? Sie kennen vermutlich alle das Schokoladenmuseum in Köln. Wenn man 10 Sekunden nachdenkt, muss man darauf kommen, dass Schokolade etwas mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun hat. Schokolade wird nun mal nicht in Europa angebaut, ganz sicher nicht, sondern in Afrika in aller Regel. Unter welchen Bedingungen, wie sind die Handelsbeziehungen?, das sind ganz zentrale Fragen. Das war in der ursprünglichen Position des Schokoladenmuseums nicht vorgesehen, wenn ich das richtig so in Erinnerung habe. Wir haben mit der Außenstelle zusammen in den letzten Jahren in großer Einmütigkeit mit dem Schokoladenmuseum diesen Aspekt, wo kommt die Schokolade eigentlich her?, gemeinsam ausgebaut. Inzwischen gibt es da gute Programme und Angebote für die Besucherinnen und Besucher.

Dann haben wir als Fünftes die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in NRW, vielleicht mit zwei Schlaglichtern. Der eine ist der kommunale Fachaustausch, den wir in Ihrem Auftrag fördern und organisieren mit Nordmazedonien, mit Ghana – das sind die beiden großen Partnerregionen – sowie palästinensischen Gebieten. Sie sehen sofort in der Assoziation, warum es vielleicht gut ist, auch einen Dienstleister zu haben,

der manches erst einmal abfedert, Dinge klärt: Welche Partner sind aktuell vertrauenswürdig? Mit wem will man eigentlich zusammenarbeiten? An sich ist es eine tolle Idee, kommunalen Fachaustausch zu machen, weil da natürlich die Kolleginnen und Kollegen aus den Partnerländern in den Praktika-Phasen, die sie hier machen, viel lernen können über Rechtsstaat, über Demokratie, über unser Verständnis von kommunaler Administration.

Übrigens, so haben wir vor einigen Jahren unser Netzwerk mit der Ukraine begonnen, mit kommunalem Fachaustausch, das sich in dieser Zeit enorm bewährt, weil wir überall in vielen ukrainischen Kommunen die Menschen kennen, die vor Ort die Entscheidungen treffen und umsetzen. Das ist natürlich sehr hilfreich, weil wir jetzt einen großen Schwerpunkt darauf haben.

Das andere Schlaglicht ist die faire Beschaffung. Auch das ist ein Schwerpunkt des Landes: das Projekt Prozesskette Nachhaltigkeit NRW. Es wird von der LAG 21 (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21) umgesetzt. Wir sind Mitglied im Projektbeirat und da sehr stolz darauf, weil wir uns seit vielen Jahren mit diesen Fragen sehr intensiv beschäftigen und auch viel Know-how haben: Wie können wir Kommunen helfen, ihre enorme Marktkraft nachhaltig einzusetzen?

Das nächste Programm ist das Wiederaufbauprojekt Nordrhein-Westfalen – Dnipropetrowsk. Das Letzte – darauf sind wir auch stolz, es ist ganz aktuell – ist die Solidaritätspatenschaft NRW-Israel, die letztes Jahr von der Landesregierung kam und – klar, wer hier der Ideengeber war – sehr schnell, sehr nachdrücklich an den Start gebracht worden ist. Wir haben es gemeinsam geschafft, das tatsächlich auf den Weg zu bringen. Die ersten fünf Projekte laufen inzwischen. Darauf sind wir, wenn Sie wissen, dass administrative Prozesse auch dauern können, stolz.

Dieses Projekt ist eine gute Überleitung zu meinem Schlussgedanken. Denn eine der Fragen, die wir uns gestellt haben, ist: Was ist daran eigentlich entwicklungspolitisch? Israel ist kein Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit, die steht nicht auf der DAC-Liste. Wenn man sich diese Frage stellt – und das tun wir –, dann merkt man ziemlich schnell, dass dies gar nicht mehr die entscheidende Frage ist. Wir arbeiten zunehmend weniger streng anhand dieser DAC-Liste, weil die 17 Nachhaltigkeitsziele nun die klare Botschaft haben – ich glaube, die ist auch überall angekommen –, dass nachhaltige Entwicklung ein Thema aller Länder, aller Politikbereiche, aller Aspekte ist.

Natürlich muss sich auch Deutschland noch sehr viel nachhaltiger entwickeln. Das ist, glaube ich, auch völliger Konsens inzwischen. Deswegen ist unsere entscheidende Frage gar nicht mehr so sehr, welches Land steht auf welcher Liste?, sondern die Frage ist: Welches Projekt dient der Erreichung der SDGs, dient der globalen Nachhaltigkeit? Und wenn es das tut, dann glauben wir, dass wir dafür einen gewissen Instrumentenkasten haben, der inzwischen seit vielen Jahren erprobt ist, der gut funktioniert – eine Menge Erfahrungen. Wir freuen uns sehr, wenn wir diese Erfahrungen mit diesem Instrumentenkasten auch künftig Ihnen, den Menschen in Nordrhein-Westfalen und allen uns partnerschaftlich verbundenen Regionen und Menschen in den Dienst stellen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank für die Darstellung der Arbeit, sehr spannend. – Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um Wortmeldung. Ich habe schon eine von Herrn Krauß für die CDU-Fraktion.

Oliver Krauß (CDU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Kreuter, aber auch lieber Andreas Hennig. Wir wissen, dass Sie reden können. Von daher ein ganz besonderer Dank, weil es wirklich nicht selbstverständlich ist, dass wir ein Büro haben, das nur für ein Land zuständig ist und dass hier wirklich ganz hervorragende Arbeit leistet. Das gilt insgesamt für Engagement Global.

Das sollten wir auch nicht kleinreden, denn gerade für uns in Nordrhein-Westfalen ist das Thema „Bundestadt Bonn“ wichtig. Hier ist aus meiner Wahrnehmung heraus gerade Engagement Global ein sehr wichtiger Player, wenn es darum geht, das Profil der Bundesstadt Bonn zu schärfen. Sie wissen, das ist auch der Landesregierung und der Koalition ein sehr wichtiges Anliegen.

Sie haben es gesagt, Herr Dr. Kreuter, die Förderprogramme, auf die wir auch setzen, sind ein elementarer Bestandteil Ihrer Arbeit. Insofern bin ich auch sehr froh, dass es gelingt, da eine Konstanz bei der Finanzierung zu erhalten. Das ist auch nicht selbstverständlich in den heutigen Zeiten. Wenn wir uns den konkreten Friedensdienst anschauen, sehen wir, dort ist nicht gespart worden, sondern es ist wichtig, das hier im Land ein klares Signal gesetzt worden ist, dass wir ein elementares Interesse daran haben. Wir haben ein elementares Interesse an dem Austausch und daran, Sie zu unterstützen.

Gestatten Sie mir Nachfragen zu Ihrer Arbeit. Da hätte ich gerne etwas konkreter von Ihnen gewusst in ganz besonders herausfordernden Zeiten – das hört man jedes Jahr bei Neujahrsempfängen –, aber das gilt jedes Jahr noch ein bisschen mehr: die Herausforderungen durch die Konflikte in der Welt, Ukraine, Naher Osten. Da interessiert uns, ob das aus Ihrer Sicht Ihre Arbeit noch einmal auf ein ganz anderes Level hebt bzw. ganz andere Schwerpunkte gesetzt werden. Welche Auswirkungen hat das auf Ihre Arbeit?

Sie haben zu Recht Ghana angesprochen. Auch die Partnerschaft mit Ghana wird intensiv von Nordrhein-Westfalen gefördert. Da habe ich die Frage, welche Projekte Sie aktuell in Ghana fördern, die auch unsere Partnerschaft unterstützen. Darüber hinaus: Haben Sie Überlegungen, weitere Schwerpunktländer auszuwählen oder würde das Ihr Arbeitspensum überschreiten, weil Sie ja auch nur ein begrenztes Budget, begrenzte Möglichkeiten haben? Die Frage ist, ob Sie vor dem Hintergrund dieser internationalen Konflikte sehen, dass es da weitere Schwerpunktländer für Ihre Arbeit gibt. Und nochmals ganz herzlichen Dank.

Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH): Vielen Dank für die Fragen. Natürlich hat insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine eine enorme Auswirkung auf unsere Arbeit gehabt, weil die Ukraine vorher schon ein wichtiges Partnerland war und sich alles geändert hat. Alles, was vorher möglich war, ist nicht mehr möglich und umgekehrt. Natürlich hat die deutsche Politik auf allen Ebenen seit zwei Jahren

einen ganz besonderen Fokus auf die Ukraine gelegt. Vom ersten Tag an war die Frage: Wie kann die Ukraine unterstützt werden?

Auf der Suche nach Anknüpfungspunkten sind wir sehr schnell in den Fokus geraten – Sie merken, ich suche nach neutralen Formulierungen –, wir sind zwar eine GmbH, wir sind aber nicht gewinnorientiert. Wir sind jetzt nicht stolz darauf, wenn unser Marktanteil wächst. Wir freuen uns auch nicht, wenn wir in einer Krisensituation mehr zu tun haben. Das ist der Spagat, den ich gerade versuche, bei meinen Formulierungen zu finden. Wir freuen uns, wenn wir helfen können. Natürlich würden wir uns mehr freuen, wenn es gar keine Hilfsnotwendigkeit gäbe.

Die Ukraine ist ein ganz großer Schwerpunkt unserer Arbeit geworden, vor allem, weil wir diese guten Beziehungen schon hatten, insbesondere auf der kommunalen Ebene. Wir hatten einen eigenen Mitarbeiter in Kiew und dadurch eine Struktur, die vom ersten Tag an einsatzfähig war und die von sehr vielen Partnerinnen und Partnern genutzt worden ist, so wie von der Landesregierung mit Blick auf die Partnerregion, deren Namen ich jetzt nicht noch einmal versuche. Da konnten Sie einfach auf den Knopf drücken, und wir konnten die Kanäle, die da waren, nutzbar machen. Das ist jetzt mit Palästina strukturell eine andere Situation. Das hat uns sehr getroffen. Solche Dinge betreffen uns immer, alleine schon wegen der Austausch- und Entsendeprogramme, weil es als Erstes immer heißt: alle deutschen Jugendlichen raus. Das ist die erste Reaktion, wenn es irgendwo ein Konflikt gibt, das ist auch völlig richtig. Das haben wir bei Corona mit mehreren Tausend Jugendlichen innerhalb von wenigen Wochen erfolgreich geschafft.

Daran merken Sie: Wir sind schon stolz darauf, was wir leisten, obwohl wir noch froher wären, wenn es gar nicht notwendig wäre. Im Gazastreifen gab es ganz wenige Projekte, das ist vernachlässigbar. Mit Israel arbeiten wir strukturell nicht primär zusammen, weil es traditionell kein Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit ist.

Ich glaube, das, was uns sehr beschäftigt – das wird sicher in den nächsten Jahren für Sie alle, für uns alle eine schwierige Frage werden –, ist die weitere Zusammenarbeit mit den Menschen in den palästinensischen Gebieten. Da gibt es – das ist einfach eine Feststellung – so viel über Jahrzehnte gewachsene Enttäuschung, das Gefühl der Unterdrückung – ich beschreibe das nur, ich sage nicht, was da dran ist, ob da was dran wäre –, aber wenn man mit palästinensischen Kommunalpolitikern redet, bekommt man sehr harte Dinge zu hören. Den richtigen Weg zu finden, einerseits zu sagen, Leute hier gibt's rote Linien für Deutschland, und andererseits weiter zuzuhören, wie es den Menschen dort geht und wie die sich erleben, das ist eine echte Gratwanderung.

Im Moment – das wissen Sie – wird an Roten Listen gearbeitet, mit wem man nicht mehr zusammenarbeitet. Ich glaube, spätestens mit Blick auf die Gewerkschaften wird es zu einer schwierigen Situation kommen. Wenn sich der jordanische Gewerkschaftsbund mit den Menschen in Gaza solidarisiert – tut mir leid, ich habe meinen Zivildienst in Israel gemacht, ich bin ein glühender Freund Israels –, dann kann ich das verstehen. Das überrascht mich jetzt nicht wahnsinnig. Als deutscher Regierungsmitarbeiter zu verlangen, dass er das nicht tut, würde mir extrem schwer fallen.

Können wir die weiter fördern, können wir sie nicht weiter fördern? Das ist eine Frage, die extrem schwierig ist. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Aber Sie merken, mit den Themen beschäftigen wir uns sehr.

Zu Ghana habe ich jetzt keine konkrete Liste der Projekte vorliegen, die liefern wir nach. Wichtig ist der Ansatz: Wir machen selbst nichts in Ghana, sondern wir leiten Ihre Förderung an deutsche NGOs, an deutsche Kommunen weiter, die ihrerseits die Projekte machen. Deswegen wollen wir gar nicht der Partner sein, der Ihnen jetzt tagesaktuell sagen kann, wie es dem Projekt XY geht, sondern wir können Ihnen ziemlich tagesaktuell sagen, wie es dem Landesnetzwerk oder der Ghana-Initiative Bonn-Partnerstadt geht, wie bei denen die Durchführung ihres Projektes vorangeht.

Und zu neuen Schwerpunktländern: Engagement Global hat als solche keine Schwerpunktländer, sondern wir sind Dienstleister. Wir machen das, wofür wir den Auftrag bekommen. Das hat manchmal eine große Diversität. Selbstverständlich arbeiten wir für das Land Rheinland-Pfalz ganz intensiv mit Ruanda, für Baden-Württemberg mit Burundi zusammen, so wie wir für Nordrhein-Westfalen die Partnerschaften mit Ghana unterstützen.

Ich hoffe, Sie merken, dass ich die ganze Zeit bewusst jede Art von Wertung vermeide, auch bezüglich dessen, was Sie vorhin über die Finanzen gesagt haben. Das steht mir nicht zu. Wir stehen zur Verfügung. Wenn Sie höheren Bedarf haben, können wir auch mehr. Wenn in Ihrer Frage eine Frage nach einem Rat versteckt war, dann würde ich schon sagen, dass nach meiner Erfahrung, nach meinem Eindruck eine Konzentration auf ein, zwei oder drei Regionen sinnvoll ist. Jeder in Rheinland-Pfalz weiß, wo Ghana liegt. Ich glaube, inzwischen wissen auch sehr viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, wo Ghana liegt. Und da würde ich mich nicht verzetteln. Ich finde es toll, dass das über die Regierungswechsel hinaus gehalten hat – ganz große Tradition. Darin würde ich Sie gerne bestärken wollen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Vielen Dank, Herr Dr. Kreuter für Ihre Ausführungen. Ich schließe mich dem Lob, das gerade gekommen ist – ich will das jetzt nicht alles wiederholen –, einfach an und dem, was Herr Kollege Krauß geäußert hat.

Ich habe drei Fragen zu drei Komplexen, einmal zum Bereich der inlandspolitischen Bildungsarbeit, die Sie ja machen. Sie haben gesagt, Sie sind seit 2012 in dem Bereich unterwegs. Stellen Sie für Nordrhein-Westfalen fest, dass es regionale Unterschiede der privaten Träger gibt, die Sie fördern? Konzentrieren sich die Gelder in manchen Regionen in Nordrhein-Westfalen? Oder ist es eine breite Streuung über das Land? Das ist der eine Teil zu diesem Bereich.

Der andere ist: Haben Sie in den zwölf Jahren festgestellt, dass es thematische Schwankungen gibt, wo spezielle Themen häufiger aufgerufen und bearbeitet werden, sei es nun durch politische Konflikte – das hatten Sie gerade schon angesprochen – oder auch durch den Klimawandel, dass es da unterschiedliche Projektentwicklungen gibt?

Die zweite Frage stelle ich anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte. Letztes Jahr hat es ja eine Aktionswoche hier gegeben. Auch der Landtag NRW, die Landesregierung haben sich beteiligt. Gab es auch Kommunen, die sich in diesem Kontext an dieser Aktionswoche im letzten Jahr beteiligt haben? Wie beeinflusst das die Arbeit dort vor Ort? Welche Rolle spielt dann auch die Servicestelle, die Sie eben schon einmal erwähnt haben?

Als dritter Punkt: Sie haben die SDGs angesprochen. Wir hatten letztes Jahr im September den SDG-Gipfel in New York. Wie sehen Sie den Stand – Sie haben angedeutet, dass noch viel zu tun ist – aktuell nach dem Gipfel? Welche Herausforderungen sehen Sie da für die Bildungsarbeit, die ja eine zentrale Säule in der Förderung von Engagement Global ist?

Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH): Bei der Frage der Streuung ist der Begriff „private Träger“ gefallen. Private Träger sind für uns die großen Träger, die die Auslandsprojekte machen. Sie sitzen, haben ihre Hauptgeschäftsstellen zum großen Teil in Bonn: CARE, Help usw. Das wissen Sie. Ich glaube, was Sie bei dem Bildungsprogramm gemeint haben, waren die zivilgesellschaftlichen Träger, so würden wir das kategorisieren, und die sind breit in Nordrhein-Westfalen gestreut. Da könnte ich jetzt nicht sagen, dass es da eine Schwerpunktsetzung gibt, wenn, dann ist es eher eine, die sich an der Bevölkerungsverteilung orientiert. Wenn man eine Plankarte machen würde und Punkte einzeichnen würde, wäre Ostwestfalen-Lippe wahrscheinlich ein bisschen dünner verzeichnet. Da gibt es halt auch weniger Menschen als im Bereich Köln, Bonn und Düsseldorf.

Andreas Hennig (Engagement Global gGmbH): Kurz dazu: Es gibt Regionen in NRW, wo wir uns als Außenstelle die Aufgabe stellen, in sogenannte weiße Flecken reinzugehen. Da gehört Ostwestfalen-Lippe dazu. Dazu gehört auch der linke Niederrhein. Aber wir haben natürlich auch in Gelsenkirchen – wenn wir da auf der Straße fragen: Hören Sie mal, kennen Sie die SDGs? – auch da ... Ich komme aus Oberhausen, also ich darf auch über Gelsenkirchen reden. Münster, Dortmund, Köln, Düsseldorf und Bonn sind Zentren, in denen Bildungsarbeit gut aufgestellt ist.

Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH): Thematische Schwankungen, ganz klar. Der Klimawandel hat ein großes Wachstum gehabt und hat es noch. Aktuell sind es natürlich Fragen zu Krieg und Frieden. Es gibt einen spannenden Indikator, das ist fast anekdotisch: Wir führen alle zwei Jahre einen Song Contest durch. Da werden junge Leute eingeladen, eigene Lieder zu entwicklungspolitischen Themen zu schreiben und aufzuführen. Ich gebe, ehrlich gesagt, zu, dass ich dem am Anfang ein bisschen skeptisch gegenüber stand. Da setzt sich ein 16-Jähriger ans Klavier, es ist unglaublich. Das war auf der Preisverleihung für dieses Jahr. Da entstanden hoch professionelle, tolle Musikstücke. Gerade wurde der Gewinner-Song von einer unabhängigen Jury gewählt. Und da merkt man das: Die Themen dieser Lieder verändern sich im Zwei-Jahres-Rhythmus enorm. Dieses Jahr ging es viel um Krieg und Frieden und natürlich die Umwelt. Das waren die beiden großen Schwerpunkte.

Zum Tag der Menschenrechte und kommunales Engagement: Da muss ich passen, würde aber auch nicht zusagen wollen, eine Liste nachzusenden, weil wir unsere Förderung eher mittelfristiger verstehen würden. Eine Kommune für ein Projekt zu dem Tag der Menschenrechte zu fördern, das glaube ich eher nicht. Wir fördern viele Kommunen. Die Hälfte aller nordrhein-westfälischer Kommunen sind bei uns in einem der Programme drin, das ist schon enorm. Diese Kommunen befinden sich auf einem langen Weg zur Nachhaltigkeit, internationaler Zusammenarbeit und zur Solidarität und machen auf diesem Weg dann einzelne Veranstaltungen, die wir aber nicht im Einzelnen begleiten.

Zu den SDGs: Natürlich, das wissen Sie alle, sind wir weit von den Zielerreichungen entfernt. Zudem hatte die Coronapandemie einen erheblichen Rückschlag gegeben. Das sah vorher deutlich besser aus. Da waren zwei Jahre Stillstand und Rückschritt. Das ist sehr besorgniserregend. Ich will es dabei lassen. Man könnte, glaube ich, zu dem Thema viel sagen. Wir alle werden uns dazu viele Gedanken machen müssen, wenn die 15 Jahre an ihr Ende kommen. Das ist auch schon absehbar. Es stellt sich die Frage: Wie geht es danach weiter?

Die Millennium Development Goals – 7 Ziele mit ganz wenigen Indikatoren, ganz klare Schwerpunktsetzungen, ganz klar nachprüfbar – waren ein Riesenerfolg. Ich würde sagen, meine persönliche Einschätzung: Die SDGs sind ein bisschen Opfer dieses Erfolgs gewesen. Alle fanden sie toll, alle wollten drauf anspringen. Es sind 17 Ziele mit vielen 100 Indikatoren. Keiner hat mehr denn Überblick. Es gibt keine Schwerpunktsetzungen. Das macht es natürlich sehr viel schwerer, eine Bilanz zu ziehen. Auch bei den SDGs gibt es einzelne Indikatoren, da ist enorm viel erreicht worden und bei anderen eben gar nichts. Das ist kommunikativ viel schwieriger als eine Schwerpunktsetzung. Nach meiner Einschätzung sollte man sich für die nächste Runde auf Ziele konzentrieren, Schwerpunkte setzen. Dann könnte man auch solche Fragen leichter beantworten.

Inge Blask (SPD): Herr Dr. Kreuter, wir bedanken uns natürlich auch für Ihren Vortrag heute zu Ihrer Arbeit. Sie hatten das Thema „Ghana“ gerade schon einmal angesprochen. Jetzt ist die Frage, ob Sie insgesamt feststellen können, dass die Projektanzahl insbesondere dann steigt, wenn wir in Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite auch ein Partnerland haben.

Die zweite Frage, die ich habe: Sie hatten über Ihren Telefondienst gesprochen, den Sie da anbieten. Was für Zahlen stehen dahinter? Können sie einmal mal sagen, wie viele Leute im Jahr da bei Ihnen anrufen?

Die letzte Frage: Wir haben die Haushaltsberatungen in Nordrhein-Westfalen gerade hinter uns und können feststellen, dass diese Landesregierung und diese Landtagsfraktionen erhebliche Mittel im entwicklungspolitischen Bereich gekürzt haben. Da sind einmal die bildungs- und umweltpolitischen Themen, da ist auch das Promotorenprogramm zu nennen. Wie würden Sie das einschätzen, was diese Priorisierungen bei den Einsparungen bedeuten?

Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH): Auch Ihnen vielen Dank für die Fragen. Das Erste kann man, glaube ich, klar bejahen. So eine Schwerpunktsetzung, wie das Land Nordrhein-Westfalen es vorgenommen hat, hat Konsequenzen auf die Zahl der Projekte. Die Zahl der Projekte steigt ganz klar, wenn ein Bundesland sagt, das ist jetzt unser Schwerpunkt, darauf wollen wir uns konzentrieren. Dafür stehen auch Mittel zur Verfügung. Das hat eine ganz klare Wirkung.

Bei der Mitmachtzentrale muss ich jetzt ein bisschen in die Luft greifen. Im Kopf habe ich, dass wir pro Quartal so 500 bis 800 Anfragen haben, übers Jahr sind es ein paar tausend. Da freuen wir uns drüber. Das ist schön. Es ist gar nicht schwer, das zu bewerten, weil es eine enorme Spannbreite ist. Da sind viele hundert Jugendliche, die jedes Jahr anrufen: Ich will ein Jahr ins Ausland gehen: Da gibt es doch was?

Das hat jetzt nicht den riesen entwicklungspolitischen Effekt. Anders ist es, wenn eine Stiftung anruft und sagt, wir haben wieder 20 Millionen Euro anzulegen: Haben Sie eine Idee? Beides ist ein Strich auf der Liste, aber hat natürlich ganz unterschiedliche Wirkungen. Es lohnt sich. Erfreulicherweise bleiben die Zahlen auch über die Jahre relativ konstant, was wir eigentlich ganz gut finden. Es ist nicht so, dass eine einmalige Information gedeckt wurde, und dann flacht das ab. In Corona gab es eine Delle klar, jetzt ist es wieder gestiegen. Übrigens, auch das ist sehr situationsabhängig.

Herr Abgeordneter Kaiser, vielleicht im Anschluss daran: Wenn eine Krise auf der Welt passiert, dann rufen mehr Menschen an und fragen: Wie kann ich helfen? Aber auch das ist ja erst einmal gut. Es ist gut, dass sie eine Möglichkeit haben, kompetente Antwort zu bekommen.

Zu den Haushaltsentscheidungen der Landesregierung werde ich mich mit Ihrer freundlichen Erlaubnis nicht wertend äußern. Ich kenne die auch nicht im Detail. Die Beratungen sind auch noch nicht abgeschlossen, wenn ich das richtig weiß. Das werden Sie alles begleiten. Haushaltsrecht ist Königsrecht des Parlaments.

Ich kann so viel sagen mit Blick auf den Bundeshaushalt: Wenn man das in längerer Perspektive sieht, dann kann man schon feststellen, dass es inzwischen in Deutschland einen großen Konsens dahingehend gibt, den es vielleicht vor 20 Jahren so noch nicht gegeben hat, dass uns die Frage, wie es Menschen in anderen Teilen der Welt geht und wohin sich die Welt insgesamt entwickelt, sehr wohl sehr viel angeht. Dass jetzt irgendjemand sagen würde, das ist alles Quatsch, das brauchen wir nicht, das habe ich schon lange nicht mehr gehört. Das habe ich vor 30 Jahren gehört. Aber in den letzten zehn Jahren – 2015 war da wirklich eine Zäsur, seitdem höre ich das nicht mehr. Und das halte ich erst einmal für eine positive Entwicklung. Das würde ich gerne festhalten. Dass dann der eine Haushalt die Schwerpunkte mehr auf eine Partnerschaft und der andere sie mehr auf den Bildungsbereich setzt, das sind dann für mich Schwankungen im Hintergrund – wie gesagt –, die ich jetzt nicht im Einzelnen bewerten kann.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr von den Ausschussmitgliedern. Der Minister hat noch kurz die Möglichkeit, sich auch in die Debatte einzubringen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Kreuter! Ich wollte kurz die Gelegenheit nutzen, da wir, wie Sie beschrieben haben, sehr intensiv zusammenarbeiten, auch Dank dafür zu sagen. Es ist für uns als Landesregierung, zumal für uns als kleines Ressort, als Staatskanzlei sehr wertvoll, dass wir mit Ihnen einen kompetenten Partner haben, wenn es darum geht, Dinge im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße zu bringen.

Es ist das eine, sich politische Programme auszudenken oder Leitsätze und Ziele vorzunehmen, das andere ist es, dann einen Partner zu finden, mit dem man es tatsächlich auch so umsetzt, dass man anschließend vor den Steuerzahlern treten kann und sagen kann „das Geld ist gut investiert“ – sowohl in der Sache als auch, was alle anderen Rahmenbedingungen angeht. Dafür ist es für uns sehr wertvoll. Sie haben die Baustellen benannt, die brauche ich nicht zu wiederholen.

Aber das ist Ausdruck dessen, dass Nordrhein-Westfalen diese große entwicklungspolitische Tradition parteiübergreifend hat – sowohl im Inland wie auch international. Es ist ganz wichtig, dass wir dafür auch das notwendige Know-how am Standort haben. Deswegen sind wir sehr froh darum, danke.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Dann bleibt es mit Blick auf die Uhr dabei, dass wir diesen Tagesordnungspunkt jetzt schließen.

2 **Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4589

Ausschussprotokoll 18/412 (Anhörung am 10.11.2023)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 14. Juni 2023)

Vorsitzender Stefan Engsfeld merkt an, das Votum des mitberatenden Ausschusses liege noch nicht vor. Für heute sei die Auswertung der Anhörung vorgesehen.

Inge Blask (SPD) verweist auf die Anhörung zu dem Antrag. Es wichtig gewesen, dass ihre Fraktion den Antrag zum Thema „Vereinigtes Königreich“ gestellt habe. In der letzten Legislaturperiode habe sich eine Enquetekommission ausführlich mit dem Brexit beschäftigt und habe viele Handlungsempfehlungen entwickelt.

Eine der wesentlichen Handlungsempfehlungen finde man auch in dem Antrag. Da gehe es um die dauerhafte Repräsentanz im Vereinigten Königreich. Alle Sachverständigen hätten gesagt, dass sie eine Repräsentanz vor Ort unterstützen würden.

Nun sei mit dem Memorandum, das unterschrieben worden sei, die gemeinsame Arbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich aufgenommen worden. An der Stelle sei die Kritik gekommen, dass man schneller in diesem Bereich arbeiten könnte, dass es mehr Untergruppen geben sollte, in denen sich die Partner vernetzen könnten. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass die Sachverständigen, die sich zuletzt in der Enquetekommission gesehen hätten, gerne den Austausch weiterführen würden. Das bedeute mehr Vernetzung, mehr Unterstützung in dem Bereich. Man sollte die Themen auch nicht nacheinander bearbeiten, sondern nebeneinander, um mehr Schnelligkeit hineinzubringen, mehr Inhalt und mehr Output zu erreichen.

Interessant sei auch die Darstellung aus dem Bereich Forschung gewesen, insbesondere das Beispiel, dass die Sachverständige aus Berlin vorgetragen habe, die Zusammenarbeit mit der Hochschule in Oxford. Das Beispiel zeige, was ein Land machen könne, wo man Forschung unterstützen könne. Das Thema „Forschung“ werde auch in der Lenkungsgruppe im Mittelpunkt stehen. Sie hoffe, dass man da weiter komme und man sich die guten Beispiele zum Vorbild nehme, um im Bereich der Forschung weiterzukommen.

Das Thema „Energie“ sei angesprochen worden. Es sei eindringlich gefordert worden, die wirtschaftlichen Beziehungen, die Energiepartnerschaften zu unterstützen. Das sei von den Sachverständigen deutlich verstärkt worden. Nun werde der Ausschuss dem Antrag wahrscheinlich nicht folgen. Es sei aber wichtig, dass die Opposition darlege, dass man die Ergebnisse einer Enquetekommission nicht in der Schublade verschwinden

lassen dürfe. Man müsse sie aufarbeiten, nacharbeiten und aktualisieren. Man müsse an dem Thema dran bleiben und die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich weiterhin positiv fortsetzen und begleiten.

Romina Plonsker (CDU) findet den letzten Satz ihrer Vorrednerin etwas unschön. Es sei nicht nur ein Ergebnis der Enquetekommission gewesen, das Auslandsbüro zu eröffnen. Frau Blask habe die Arbeit der Enquetekommission auf diesen einen Punkt reduziert. Es gebe viele Handlungsempfehlungen, von denen viele umgesetzt würden.

Die Beziehungen zu Großbritannien müssten nach dem Ausscheiden aus der Europäischen Union auf neue Beine gestellt werden. Sie halte fest, dass man das sehr bedaure, dass man es gern gehabt hätte, dass Großbritannien in der Gemeinschaft der Europäischen Union bleibe. Deshalb sei das für Nordrhein-Westfalen eine neue Aufgabe.

Sie habe die Anhörung in vielen Teilen anders wahrgenommen, nämlich dass es schon eine deutliche Präsenz von Nordrhein-Westfalen in Großbritannien gebe. Herr Neugart, Herr Roberts oder auch Dr. Mittelstädt hätten deutlich gemacht, dass es eine hohe Präsenz Nordrhein-Westfalens im Vereinigten Königreich gebe. Es sei nicht so, wie Frau Blask es dargestellt habe.

Nordrhein-Westfalen habe nach dem Ausscheiden Großbritanniens das Erasmus+-Programm mit einem eigenen Stipendienwerk aufgesetzt und darauf reagiert, dass sonst Erasmus zukünftig nicht möglich wäre.

Einige Forderungspunkte aus dem Antrag seien obsolet, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Einsicht in die Partnerschaftsvereinbarungen, der man seitens des Europaministeriums nachgekommen sei. Dort habe man hineinschauen können.

Wichtig sei, dass die Beziehungen breit getragen würden. Die Sachverständigen hätten deutlich gemacht, dass beispielsweise der Regionalverband Ruhr mit der Region Greater Manchester eine enge Beziehung habe. Es sei wichtig, dass aus der Gesellschaft heraus an den Beziehungen festgehalten werde. Ihre Heimatstadt habe eine Partnerschaft mit Fareham in Großbritannien. Da sei es wichtig, dass es auch in die nächste Generation weitergetragen werde. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass Städtepartnerschaften nicht mit einer Generation enden dürften, sondern weiter getragen würden.

Sie finde es schön, wenn man sich mit dem Vereinigte Königreich beschäftige, und zwar nicht nur als Mitglied der und der Kommission „Brexit“, sondern weil sie das wichtig finde. Die Anhörung habe gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen viel mache, sehr präsent in Großbritannien sei. Auch wenn der Ausschuss heute nicht votiere, so steht fest, dass ihre Fraktion den Antrag der SPD ablehne.

Serdar Yüksel (SPD) erwidert, wenn man sich die Repräsentanz von Bayern und Baden-Württemberg im Vereinigten Königreich anschau, könne man nicht sagen, dass NRW in London da gleichrangig vertreten sei. Das sollte überdacht werden. Wenn jemand mit zehn Wochenstunden dort präsent sei und man sage, das sei ausreichend, dann sei das doch in der Anhörung und in den Gesprächen anders dargestellt worden.

Er komme aus einer Stadt, die eine Partnerschaft mit der Stadt Sheffield habe, die leider zunehmend eingeschlafen sei. Das sei keine Einbahnstraße. Es müsse auf der anderen Seite auch die Bereitschaft da sein, die Netzwerke und die Partnerschaft weiter zu leben. Der Brexit habe als Zäsur dazu beigetragen, dass viele Beziehungen, Netzwerke, Aktivitäten und Austausch dramatisch eingebrochen seien. Das müsse man im Blick behalten und schauen, wie man die bestehenden Partnerschaften unterstützen könne, damit diese Netzwerke, die es seit vielen Jahrzehnten gebe, nicht einschließen, sondern vielleicht wiederbelebt werden könnten. Da müsse man nicht das Rad immer wieder neu erfinden.

Aus seiner Sicht bestehe auch die Möglichkeit, die Netzwerke, die es seit Jahrzehnten gebe, wachzuküssen und zu animieren, diese Netzwerke neu zu beleben. Jenseits der Mitgliedschaft des Vereinten Königreichs in der Europäischen Union habe man nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland aufgrund der Geschichte ein elementares und essenzielles Interesse, gute, intensive, nachbarschaftliche, wirtschaftliche Beziehungen zum Vereinten Königreich aufrechtzuerhalten.

Dr. Werner Pfeil (FDP) legt dar, die Anhörung habe sehr wohl gezeigt, dass man sich in einem permanenten Erneuerungsprozess im Verhältnis zu Großbritannien befinden müsse, zumal das Ergebnis der Enquetekommission auch von den Sachverständigen gar nicht mehr so präsent hätte wiedergegeben werden können. Die Sachverständigen hätten sich teilweise gar nicht mehr daran erinnern können, was denn das Ergebnis der Enquetekommission gewesen sei. Teilweise habe sich das auch überholt, weil die Entwicklung weitergehe.

Deswegen sei es sehr wichtig, permanent neue Themen aufzugreifen, die vor 5,6 Jahren überhaupt keine Rolle gespielt hätten – Thema Wasserstoff, KI, Cybersicherheit, Forschungskooperation. Das seien die Themen, die aktuell seien. Von allen Sachverständigen sei das Thema „Netzwerk“ aufgegriffen worden.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) gibt an, die Anhörung habe verdeutlicht, dass es in vielen Punkten harke. Der Brexit sei aus Sicht seiner Fraktion allerdings keine Katastrophe. Viele Probleme hätten Gründe in anderen Krisen.

Die Zusammenarbeit scheitere oft an fehlendem Willen und Interesse auf beiden Seiten. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit scheine zu funktionieren, harke aber auch an vielen Stellen. Insbesondere sei es traurig, dass das Erasmus-Programm so nicht mehr mit Großbritannien funktioniere. Er kenne es noch aus seiner eigenen Erfahrung als Hochschullehrer an der Hochschule in Hamburg. Da habe es eine Partnerschaft mit Portsmouth gegeben, das sei immer sehr fruchtbar gewesen. Portsmouth als Hafenstadt habe ähnliche Probleme und Herausforderungen wie Hamburg.

Es sollte ein Nachfolgeprogramm geben. Beide Seiten sollten konstruktiv zusammenarbeiten. Dann könnten viele Probleme gelöst werden. Die Empfehlungen der Enquetekommission, die noch aktuell seien, sollten weiter abgearbeitet werden. Da sehe er die Landesregierung in der Pflicht.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) hält fest, die Anhörung habe gezeigt, dass die Zusammenarbeit gut funktioniere, dass es von beiden Seiten weiterhin ein großes Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit gebe im Gegensatz dazu, wie es gerade dargestellt worden sei. Auch seien die Voraussetzungen dafür gegeben. Der Bericht der Enquetekommission sei erwähnt worden, in dem viele Punkte aufgeführt würden.

Nichtsdestotrotz sei es wichtig zu betonen, dass eine Repräsentanz vor Ort wichtig sei. Die gebe es. Auch wenn im digitalen Zeitalter viel von anderen Orten aus gemacht werden könne, aus Düsseldorf, aus London über die verschiedensten Kanäle, die es da mittlerweile gebe, glaube er, dass die Arbeit gut aufgestellt sei und weiterhin mit dem Vereinigten Königreich, mit England, Schottland gut zusammengearbeitet werde, um auch die Interessen NRW dort umzusetzen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) schickt voraus, er habe der Anhörung nicht beiwohnen können, habe sich aber darüber berichten lassen. Er glaube auch, dass sich ein differenziertes Bild dargestellt habe. Das sei zumindest das, was ihm berichtet worden sei. Er sei dankbar, dass sich die Sachverständigen in unterschiedlicher Art und Weise damit befasst hätten. Den Vorschlag von Herrn Roberts, den Lenkungsausschuss thematisch zu untergliedern, werde er gerne aufgreifen und mit den Kollegen im Lenkungsausschuss besprechen.

Natürlich müsse man aufpassen, dass man sich nicht in Strukturarbeiten ergehe. Er glaube, dass die Fokussierung der Lenkungsausschussarbeit richtig sei, letztes Mal mit den Schülern, den Auszubildenden, jetzt mit der Forschungszusammenarbeit. Daran werde man festhalten. Das eine schließe das andere nicht aus. Man mache kein Sitzungsmarathon im Sinne davon, dass man sich permanent treffe, sondern es werde versucht, die Treffen effizient zu nutzen, dazwischen auch thematisch zu arbeiten. Dagegen spreche nichts. Insofern greife er das gerne auf.

Zum Ausdruck gekommen sei – das sei ihm auch persönlich wichtig –, dass es gelungen sei, mit „nrw:exchange“ das aufzufangen, was durch den Brexit in der Tat schweren Schaden erlitten habe. Wenn man sich das nüchtern anschau, müsse man konstatieren – Herr Yüksel habe es für die Städtepartnerschaften beschrieben –: Im Bereich der Schüler-, Auszubildenden- und Studierenden-Austausche habe der Brexit einen tiefen Einschnitt mit sich gebracht. Die Visa-Hürde sei für viele Schulen, Universitäten und andere Anbieter eine echte Schwelle.

Es sei gelungen, mit nrw:exchange Hilfe zu geben und Dinge erst einmal zu erhalten. Dass es mehr werden könne, sei immer klar. Es müsse das Interesse bei den Zielgruppen natürlich da sein. Es eine sicher alle diesem Kreis, dass man gerade jungen Leuten ermöglichen wolle, den persönlichen Kontakt zu suchen, persönliche Eindrücke zu bekommen. Deswegen werde die Landesregierung weiterhin einen Schwerpunkt darauf setzen.

Was die Wirtschaftsbeziehungen angehe, so sei es so, wie gerade von Herrn Kaiser und Frau Plonsker gesagt worden sei. Da sei die Frage des Büros eine Seite, da könne man auch viel über andere Mittel machen. Aus der Erfahrung mit dem Landesbüro in Israel, das aus Überzeugung mit sehr viel Aufwand betrieben werde, was auch sehr

richtig sei – es habe sich gerade auch im letzten Jahr noch einmal gezeigt –, müsse man sich darüber im Klaren sein: Wenn man so etwas mache, sei damit auch viel verbunden. Es gehe auch da um Steuerzahlergeld. Das müsse jederzeit gerechtfertigt werden können. Man sei schon dabei, über unterschiedliche Modelle nachzudenken, auch mit anderen Institutionen, die schon vor Ort seien, um den Footprint da zu erweitern, auch Verbindlichkeit, Stetigkeit, Verlässlichkeit, Ansprechbarkeit sicherzustellen.

Nun sei es ja nicht so, dass man sagen würde, alles, was da sei, sei gut und das reiche dann auch. Man sehe schon, dass man da sicherlich mehr machen könne. Wenn man es auf den Weg bringe, sei immer die Frage, ob man das auch dauerhaft etablieren könne. Es helfe niemandem, wenn man ein Strohfeuer anlässlich eines Jubiläums zünde, und im Jahr danach gehe alles wieder bergab. Man sei dabei, das aufzuarbeiten. Er sei froh und dankbar, dass man mit NRW.Global Business einen sehr starken Partner habe, aber auch NRW.Energy4Climate und andere seien dort engagiert.

Die Bereiche „Transformation“, „Energiesysteme“, „Wasserstoff“ seien prominent gelaufen. Die Landesregierung nehme die Impulse aus der Anhörung auf. Angesichts der Dynamik dieser Zeiten werde man mit Blick auf die besonderen Beziehungen wahrscheinlich nie an den Punkt kommen, dass man sage, dass reiche jetzt. Man müsse sich weiter darum bemühen. Dieses Bestreben könne er seitens der Landesregierung gerne zu sagen.

Dr. Günther Bergmann (CDU) findet die Ausführung insbesondere zur Verstetigung sehr wichtig. Er erinnere an Anna von Kleve, die Einzige, die Heinrich den VIII. überlebt habe und heute quasi als Nordrhein-Westfälin in Westminster Abbey beerdigt sei. Von daher müsse er als jemand, der aus Kleve komme, dazu etwas sagen.

Er habe sieben Jahre in England Schulen besucht. Damals sei er mit Visum eingereist, weil die Engländer nach dem Beitritt die Regularien erst nach Jahren angepasst hätten. Wie erschwerend das gewirkt habe, könne man sich ansatzweise überlegen. Danach habe er nämlich erlebt, wie man einfach so einreisen konnte. Allein dieses Hindernis bringe Erschwernisse im Bereich der Schüleraustausche von Internationalen Schulen, auf einer sei er übrigens auch Schüler gewesen.

Er unterstreiche das, was Herr Yüksel gesagt habe. Das sollte man sich bei allen landeswichtigen Themen immer vor Augen halten: Es sei leider kein Großbritannien spezifisches Problem, das Herr Yüksel da beschrieben habe. Neben der Kreisstadt Kleve, die eine Partnerschaft mit Worcester habe, betreffe das nicht nur die deutsch-englischen, sondern die deutsch-niederländischen, die deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Die Besonderheit der Städtepartnerschaften sei in den nachfolgenden Generationen nicht mehr so präsent, wie sie es nach dem Krieg gewesen sei. Das Bewusstsein für den Wert einer guten vernetzten Zusammenarbeit, die einen erheblichen Teil zum Frieden in Europa beitragen könne, verflache. Das liege an der Veränderung der Einstellung, weil es ganz normal sei, dass Europa da sei.

Er habe noch geschmuggelt. Heute würden die Leute einfach in Holland einkaufen. Das sei übrigens verjährt, deshalb könne es zugeben.

(Heiterkeit)

Diese Dinge würden als Wert im Leben nicht mehr erkannt, sondern würden als Selbstverständlichkeit genutzt. Dass das aber nicht selbstverständlich sei, müsse man der jüngeren Generation stärker präsentieren. Deswegen seien die genannten Themen sehr wichtig.

Wenn man in eine Stadt in Nordrhein-Westfalen fahre, stünden am Ortseingangsschild – das werde auch im Ruhrgebiet oder in Bochum so sein –, alle Städtepartnerschaften. Wenn man kritisch hinterfrage, wie lebendig die dort aufgeführten Partnerschaften seien, würden einem wahrscheinlich die Tränen in die Augen schießen. Deswegen sei so wichtig, dass man an der Stelle etwas tue. Er unterstütze das, was der Herr Abgeordnete Yüksel gesagt habe.

3 Europa einfacher erfahrbar machen: Ausbau der Nachtzugverbindung von Aachen nach Amsterdam unterstützen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7205

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss am 13. Dezember 2023)

Dr. Werner Pfeil (FDP) gibt an, der Antrag sei im umgekehrten Verfahren in den Ausschuss gekommen. Im Plenum habe man sich darüber gar nicht ausgetauscht. Er sei Dr. Bergmann für seine Äußerungen zum Schluss sehr dankbar, sie würden nämlich hervorragend zu diesem Antrag passen.

Heute gehe es um Verfahrensabsprachen. Er bitte, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Die Niederländer würden eine Machbarkeitsstudie zu dem Thema beantragen. Es sei wichtig zu zeigen, dass die Themen nachhaltige Bahnverbindungen als Nachtfahrten, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ökologische sinnvolle Maßnahmen im Bereich Verkehr im Mittelpunkt stünden, was auch die Niederländer in ihrem Antrag so sehen würden.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, die Anhörung solle in Präsenz stattfinden.

Dr. Werner Pfeil (FDP) schlägt vor, zwei Sachverständige pro Fraktion einzuladen.

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

4 Reisebericht Ungarn (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender. Liebe Frau Blask! Meine Damen und Herren Abgeordneten. Gerne werde ich über diese Reise wie gewohnt mündlich berichten. Vielleicht vorweg einige Bemerkungen zu unserer Partnerschaft mit Ungarn. Schon seit 2008 pflegt das Land Nordrhein-Westfalen eine verstärkte Partnerschaft mit Ungarn. Sie wurde parteiübergreifend durch alle Zeiten durch von allen Vorgängerregierungen fortgesetzt, das tun auch wir.

Ich würde ganz klar vorweg sagen: Das ist keine einfache Partnerschaft aus offensichtlichen Grund. Es gibt mit der ungarischen Regierung deutliche politische Referenzen. Ich will nur zwei Bereiche nennen. Das eine sind die Defizite Ungarns im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in allen Ausprägungen. Dagegen läuft auch ein entsprechendes Verfahren der Europäischen Union. Es ist für uns völlig klar, dass Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Medienfreiheit in allen EU-Mitgliedsstaaten gelten müssen.

Ein zweiter Bereich, den ich benennen will, ist die Russlandpolitik der Ungarn. Das jüngste Treffen Viktor Orbáns mit Putin in China hat, sozusagen zeitgleich zur Reise – es war kurz zuvor – noch einmal gezeigt, wie diametral unterschiedlich unsere Auffassungen sind. Ich bin dennoch und bewusst nach Ungarn gefahren, um den Dialog zu suchen, auch zu kontroversen Themen.

Wir können zum einen als langjähriger Partner Nordrhein-Westfalen, aber zum anderen auch als Land Dinge mitunter vielleicht auch konkreter und deutlicher ansprechen, als es manchmal für die Bundesregierung so möglich ist. Das gilt auch für andere bilaterale Beziehungen. Dementsprechend habe ich das so gemacht, habe dazu allerdings auch die Bundesregierung informiert. An der Stelle: Bei aller unterschiedlichen Zusammensetzung kann man auch getrennt marschieren und vereint zuschlagen.

Wir haben dem Anlass entsprechend die Ergebnisse der Regierungskommission gewürdigt und dann auch wieder neu auf den Weg gebracht. Zum anderen allerdings habe ich dann auch diese Reise, diesen sehr dicht gepackten Tag, genutzt, um Gespräche sowohl mit Vertretern der Regierung, der Opposition, aber auch von zivilgesellschaftlichen Institutionen zu führen. Regierungsseitig habe ich gesprochen mit dem Leiter des Ministerpräsidentenamtes, mit Herrn Gulyás, das ist so etwas wie der Chef-PK in Deutschland, außerdem mit der Vorsitzenden des EU-Ausschusses im Parlament, Frau Varga, früher Justizministerin.

Ich habe diese beiden Gespräche genutzt, um die kritischen Punkte deutlich anzumahnen. Ich habe die Themen aufgerufen, die ich gerade eben genannt habe, habe dabei auch darauf hingewiesen, dass die kommende ungarische Rats-präsidentenschaft, die dort schon vielfach im Hinterkopf ist, auch eine Chance für Ungarn darstellt, den Weg zurück in die Europäische Gemeinschaft selber zu finden.

Als Präsidentschaft ist man immer dazu aufgerufen, Kompromisse zu finden, Konsens zu stiften. Das ist vielleicht auch ein Weg, ohne gegenüber der eigenen Bevölkerung

und Öffentlichkeit das Gesicht zu verlieren, an der einen oder anderen Stelle Korrekturen vorzunehmen. Ich habe durchaus Offenheit wahrgenommen für diesen Gedanken, das auch als Chance zu begreifen. Ich habe aber auch klargemacht, dass dafür an der einen oder anderen Stelle tatsächlich Korrekturen notwendig sind. Neben den rechtsstaatlichen Themen ist das auch die Ukraine-Politik, die zwischenzeitlich wieder neue Aktualität bekommen hat, um wieder in die Geschlossenheit der Europäischen Union einzustimmen.

Es wurde mir gegenüber auch vermittelt, warum Ungarn manche Positionen vertritt. Da ist manches zumindest nachvollziehbar, wenn man auch mal gezeigt bekommt, was zum Beispiel die Energieabhängigkeit von Russland angeht. Das war, wie ich finde, von einer großen Offenheit geprägt. Ich als Vertreter der Landesregierung habe klargemacht, dass für uns der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine „at stake“ ist. Ich habe klar gesagt, warum wir da welche Positionen vertreten.

Mit dem stellvertretenden ungarischen Außenminister, mit Herrn Magyar, habe ich die Ergebnisse der Regierungskommission, die zuvor getagt hatte, zur Kenntnis genommen. Wir haben außerdem das nächste Arbeitsprogramm verabschiedet. Das beinhaltet Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Justiz, Hochschulzusammenarbeit, Forschungszusammenarbeit, Kultur und Gesellschaft.

Ich finde, dass wir mit Ungarn, was die Regierungskommission angeht, eine gute Mischung haben zwischen der Fortführung etablierter und bewährter Projekte und gleichzeitig auch der Initialisierung neuer Projekte. Was meine ich damit? Wir werden zum einen Dinge fortsetzen im Bereich der Zusammenarbeit auf dem Feld der Geothermie, im Bereich der Stipendiaten-Programme mit der Andrassy Universität oder auch Gerichtspartnerschaften. Gerade dem letzten Punkt messe ich vor dem Hintergrund der Konflikte, die wir mit Ungarn haben, eine große Bedeutung zu.

Aber wir haben eben auch neue Projekte initialisiert, etwa im Bereich Technologietransfer, Kunststoffindustrie, Forschungsarbeit, Medizin oder auch Digitalisierung der Justiz. Das sind alles Kanäle, auf denen man natürlich auch andere Dinge transportieren kann als nur Fachexpertise, die nie neutral ist. Das will ich auch direkt dazu sagen. Demensprechend haben wir da auch sehr offen gesprochen. Ich glaube, dass sich diese fachliche Zusammenarbeit im Interesse beider Seiten weiterentwickelt.

Ich habe ein weiteres Problemthema angesprochen. Uns hier als Landesregierung, aber auch die Bundesregierung erreicht vielfach der Hinweis von Unternehmen aus der ganzen Welt, dass die staatlichen Eingriffe in Ungarn zunehmen. Es war interessant zu sehen, dass dieser Hinweis auf der ungarischen Seite ziemlich eingeschlagen ist. Das ist sozusagen ein sehr empfindlicher Backbone auch der Regierung Orbán. Man rühmt sich seiner wirtschaftlichen Bilanz und nimmt das mitunter als Rechtfertigung für andere Maßnahmen. Deshalb hat man da auch sehr sensibel reagiert auf allen Ebenen. Ich konnte das entsprechend belegen. Wir führen ja auch Gespräche in Berlin mit den Vertretern der großen Unternehmen in Deutschland. Und das war zum Beispiel so etwas, wo ich sagen muss: Dafür war die Reise eine gute Gelegenheit, das persönlich zu übermitteln. So etwas gibt es auch schriftlich seitens der Bundesregierung. Ich habe auch gemerkt, wie ein schriftlicher Brief an

der Stelle von der Parlamentarischen Staatssekretärin Brantner aus dem BMWK in der ungarischen Administration sozusagen verarbeitet wird. Wenn Sie da persönlich sitzen und denen das anhand von Beispielen erläutern, ist es nicht ganz so leicht, das alles so abzutun. Dementsprechend lohnt dafür auch der direkte persönliche Austausch.

Ich habe neben den Regierungsvertretern auch Vertreter der Zivilgesellschaft getroffen, zum einen ging es um das Thema „Medien“. Ich habe dort Vertreter des Center for Independent Journalism und der Faktencheckplattform Lakmusz getroffen, außerdem einige Journalisten, habe mich mit denen über die tatsächliche Situation von Journalisten on the ground in Ungarn unterhalten.

Ich habe danach ehrlicherweise selber vieles besser nachvollziehen können. Das schwierige Gebaren der Regierung Orbán ist, dass viele Einzelmaßnahmen, für sich genommen, rechtlich zulässig sind, in ihrer Summe allerdings, mit einer klaren Zielsetzung versehen, schon ein sehr problematisches Vorgehen beschreiben. Man muss das auch wirklich im Zusammenhang sehen und verstehen, um auch die Problematik zu erkennen. Wenn Sie die einzelnen Maßnahmen geschildert bekommen, würden Sie sagen: Das ist für sich genommen jetzt nicht so außergewöhnlich. Das wurde aber belegt. Ich habe ja gesagt, Faktencheckplattform, das waren nicht irgendwelche Behauptungen, sondern Dinge, die auch belegt werden konnten. Das ist in der Tat etwas, was uns Sorge machen muss, die Marktmacht staatlicher, regierungsnaher Medien.

Dann auch so Dinge wie: Wohin gehen Werbeaufträge? Welche Journalisten waren zu welcher Veranstaltung zugelassen? Das sind alles Techniken, Mechanismen, die man auch beschrieben bekommen muss. Deswegen war das ein sehr fruchtbarer Austausch.

Ich habe außerdem Vertreter der LSBTIQ*-Szene getroffen. Das ist ein zweites großes Thema neben den Medienfreiheit, das international immer wieder Beachtung findet, der Umgang mit Minderheiten generell, hier besonders die Frage Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ*. Ich habe dazu die Parlamentariergruppe – es gibt eine Parlamentariergruppe im Ungarischen Parlament – aufgesucht, außerdem Vertreter von Amnesty International und einer weiteren NGO. Ich habe dort versucht, immer sehr konkret nachvollziehen zu können, was die Probleme dieser Gruppen in Ungarn sind.

Auch da bietet sich ein differenziertes Bild. Es gibt in Budapest einen Christopher Street Day, der wird auch von der Polizei bewacht. Das könnte man jetzt first hand als Zeichen dafür nehmen, dass gar keine Probleme gegeben sind. Wenn man sich aber anschaut, dass es keine Debatten zu diesem Thema im Parlament geben soll und darf, dass in Medien kriminalisiert wird, dass in der Bildungsarbeit kriminalisiert wird, dann sind dort in die Probleme in diesem Bereich sichtbar. Auch hier muss man hingucken, damit man der Sache gerecht wird, natürlich auch allen Beteiligten in der Kritik gerecht wird. Ich glaube, dass die Vertreter das auch alles hilfreich empfunden haben, dass jemand aus Nordrhein-Westfalen sie dort aktiv aufsucht.

Dann habe ich auch Vertreter der Opposition getroffen, sofern sie nicht darin schon enthalten waren. Ich habe den Oberbürgermeister von Budapest aufgesucht, der nicht der Regierungspartei angehört, und habe mich mit ihm besonders darüber ausgetauscht, was es heißt, als der Opposition Angehöriger, trotzdem prominenter Politiker in diesem Land Politik zu machen. Das ist vielfach schwierig. Er hat natürlich eine gewisse eigene Stellung, die ihm manches ermöglicht. Aber wenn es darum geht, bestimmte Themen aufzurufen, dann sieht er sich trotzdem dieser Medienlage, dieser anderen politischen Instrumente ausgesetzt. Deswegen war es mir wichtig, ihn auch persönlich zu treffen.

Zum Abschluss meiner Reise habe ich die Europakonferenz an der Andrassy Universität eröffnet. Das war eine gute Gelegenheit, um fast alle dieser Themen noch einmal mit einem offenen Publikum anzusprechen. Ich habe dort auch mit den Studierenden diskutiert. Mir war wichtig in Präsenz auch der Vertreter der Regierung, die natürlich auch dort waren, trotzdem noch einmal klar festzuhalten, dass für uns in Europa der Wert von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht zur Disposition steht und dass das die Werte sind, die der europäischen Idee die Strahlkraft geben und dass Demokratien entweder liberal sind oder keine Demokratie sind.

Das Konzept der illiberalen Demokratie ist aus meiner Sicht eine Täuschung, die letztlich nur dazu dient, die Aushöhlungen zu verbergen. Das muss man dann auch mal, auch vor Vertretern der ungarischen Regierung sagen, auch nicht nur in bilateralen Gesprächen unter vier Augen, sondern auch in einem Hörsaal an der Andrassy Universität. Deswegen war mir das wichtig. Ich glaube deshalb, dass dieser Tag in Ungarn ein lohnenswerter Besuch war. – Danke schön.

Serdar Yüksel (SPD) betont, das sei mit Sicherheit ein schwieriger und wichtiger Besuch in Ungarn gewesen. Ungarn habe bei der Überwindung der deutschen Teilung eine besondere Rolle gespielt. Er erinnere an Gyula Horn, der damals Außenminister gewesen sei, der den Eisernen Vorhang mit durchschnitten habe.

Wie sich Ungarn in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, in Bezug auf Medienfreiheit und Minderheitsrechte entwickle, habe der Minister gerade ausgeführt, auch mit einer eigenen außenpolitischen Agenda, die abgekoppelt sei von dem, was in der Europäischen Union als Konsens zur Zeit stattfinde. Das sei mehr als bedauerlich. Ungarn werde damit der eigenen Geschichte mit dem Aufstand in Ungarn 1956 und der besonderen Rolle, die das Land bei Überwindung der deutschen Teilung und der europäischen Teilung gespielt habe, nicht gerecht.

Der Umgang sei sehr wichtig. Bei knapp 7 Millionen Wahlberechtigten und einem Parlament mit 199 Abgeordneten habe die Fidesz zwar 135 Abgeordnete, habe aber nur 2,8 Millionen Stimmen erhalten. Die Jobbik, die 1,9 Millionen Stimmen habe, habe über das System der Wahlkreise – die Fidesz-Partei habe fast alle Wahlkreise direkt geholt – tatsächlich diese Parlamentsmehrheit erringen können. Es gebe aber auch 2 Millionen Stimmen, die proeuropäisch und demokratisch seien. Das müsse man bei aller Diskussion in Ungarn auch sehen. Der Eindruck sei, es gebe einen Block von Fidesz und Victor Orbán. Das sei mitnichten so. Deshalb sei es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen auch im Geleitzug mit der deutschen Außenpolitik die Kontakte halte.

Durch Abschottung sei noch nie etwas besser geworden, sondern tatsächlich durch die Annäherung, indem man auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die Gewerkschaften, Wissenschaft, Studierende besuche und sie motiviere, auf dem Pfad der „europäischen Tugenden“ zu bleiben und Ungarn nicht nur als Viktor Orbán anzusehen. Es sei wichtig, den Partnern bei den Besuchen zu sagen, dass man sie differenziert wahrnehme im Gegensatz zu dem, wie es manchmal in den Medien überkomme.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) merkt an, der Minister habe ausgeführt, eine der Gesprächspartnerinnen sei Frau Judit Varga gewesen, ehemalige Justizministerin. Sie habe Jura in Ungarn studiert, gehöre der Fidesz-Partei an, zu der auch Orbán gehöre. Sie habe im Rahmen des Erasmus-Programms an der Hochschule in Nürtingen, Baden-Württemberg, studiert, habe von 2001 bis 2018 im EU-Parlament als Beraterin für mehrere Abgeordnete gearbeitet, sei dann 2018 Staatssekretärin für die EU-Beziehungen geworden, sei 2009 Justizministerin geworden. Die Beziehungen zur EU seien zunächst nicht im Justizministerium gewesen, seien dann aber dann zu ihr gekommen. Im Juni 2023 sei sie zurückgetreten. Sie sei jetzt im ungarischen Parlament und dort Vorsitzende des EU-Ausschusses und Spitzenkandidatin von Fidesz in Ungarn für die Europawahl.

Warum erzähle er das? Man könne sich vorstellen, dass im Bereich Justiz, da, wo sie Verantwortung getragen habe, EU-Beziehungen und Ungarn zwei Schlüsselthemen seien. Sie sei eine kontroverse Gesprächspartnerin. Sie komme am 26. Januar nach Düsseldorf. Es sei geplant – das könnten sich die Ausschussmitglieder im Kalender eintragen –, mit ihr in einen Austausch zu gehen, und zwar am 26. Januar gegen 11 Uhr. Von 10 bis 11 Uhr finde im Landtag eine Gedenkveranstaltung angesichts der Opfer des Nationalsozialismus statt. Im Anschluss daran würde ein Gesprächsangebot an die Ausschussmitglieder gehen. Das komme noch einmal schriftlich. Er würde die Runde auch um die entsprechende Parlamentariergruppe erweitern wollen.

Die Abgeordneten hätten die Möglichkeit, mit ihr in den Austausch zu gehen. Der Ungarische Generalkonsul habe ihn angesprochen. Der Minister habe bereits den Austausch gehabt. Er bitte die Ausschussmitglieder, sich den Termin im Kalender einzutragen.

5 Reisebericht USA (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Vorsitzender Stefan Engstfeld merkt an, Minister Liminski sei im November 2023 in die USA gereist und wolle im Ausschuss heute darüber berichten.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In der Tat holen wir hier noch einige Berichte nach. Im November war diese Reise, die ganz im Zeichen des NRW-USA-Jahres stand, deswegen auch in diesem Zeitraum. Mir war wichtig zum einen, mit Blick auf das NRW-USA-Jahr zu zeigen, was schon da ist in diesen besonderen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA, und zum anderen aber auch gemeinsam mit der Generalkonsulin neue Projekte anzustoßen und zu vertiefen. Es ist nicht üblich, dass die Generalkonsule Reisen begleiten. Da das aber eine besondere Partnerschaft ist, hatte ich die Generalkonsulin eingeladen, und sie hat dankenswerterweise zugesagt. Sie war auch bei dem gesamten Programm mit dabei.

Die Reise hatte vier Schwerpunkte, auf die ich kurz eingehen möchte, einmal die Stärkung der Beziehungen mit Pennsylvania und New Jersey, zweitens aktuell der Kampf gegen Antisemitismus, drittens medienpolitische Themen und viertens die Unterstützung des UN-Standortes Bonn.

Im Einzelnen, erst einmal Pennsylvania, New Jersey: Wir haben mit Pennsylvania eine Partnerschaft als Nordrhein-Westfalen. Ich habe deshalb in diesem Rahmen in der dortigen Hauptstadt Harrisburg den Wirtschaftsminister des Bundesstaats Pennsylvania getroffen. Die Zusammenarbeitserklärung wurde 2022 erneuert und wird nun in den Bereichen „Wasserstoff“ und „Berufsausbildung“ konkretisiert.

Wir wollen, dass vor allen Dingen auch darüber tun, dass wir Verwaltungsaustausche intensivieren. Wenn man sich anschaut, wie Amerikaner genehmigen und planen, ist das mitunter etwas, wovon wir viel lernen können. Und da wir uns ja dazu auch mit der Bundesregierung im andauernden Austausch befinden, ist das etwas, wo wir gesagt haben: Das möchten wir uns genauer anschauen.

Ich habe außerdem mit der kleinen Delegation das Unternehmen Phoenix Contact besucht, was im lippischen Bloomberg seine Wurzeln hat, dort in Harrisburg eine große Repräsentanz. Außer dem Stichwort „neue Impulse“ haben wir eine Zusammenarbeit mit einer Nichtregierungsorganisation gelaunched, nämlich Launch of Philadelphia. Das ist eine Initiative, die sich besonders darum bemüht, dass Jugendliche oder junge Menschen aus eher bildungsfernen Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit bekommen, einen Austausch zu machen oder zumindest mit Dingen außerhalb ihrer Stadtgrenze oder Landesgrenzen in Berührung zu kommen. Unser Schulsystem wird das jetzt fortführen. Frau Feller, die in diesem Jahr auch in die USA reisen wird, wird das dort noch einmal weiter vertiefen. Das ist etwas, wovon wir selber auch profitieren. Aber wir möchten auch davon lernen, wie die das machen, sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler mit ihren Familie zu erreichen und dann tatsächlich zu motivieren. Für die ist das ein großer Schritt, das muss man

einfach sehen. Philadelphia, jemand der sich hiermit befasst hat, weiß: Das ist eine Stadt, die sehr stark vom Strukturwandel betroffen ist. Der ehemalige Oberbürgermeister von Philadelphia war mit dabei.

Es ist mitunter gar nicht so leicht, Menschen aus diesen Kreisen dafür zu gewinnen, zu sagen: Ja, mein Kind macht jetzt einen Austausch nach Deutschland. Das ist dann doch eine große Sache. Deswegen war uns das wichtig. Wir waren auch deshalb in Philadelphia, weil damals die ersten Siedler aus Krefeld in German Town ankamen. Wir waren auch dort, wo sie ankamen und wo auch ein Gedenkstein steht. Ich fand es zumindest persönlich – vielleicht liegt es daran, dass ich Historiker bin – ganz bewegend, dort 340 Jahre später zu sein und sich mit den dortigen Heimatforschern darüber zu unterhalten, was damals die Fragen waren, die sich die ersten Siedler gestellt haben. Das zu Pennsylvania.

Dann zum Thema „New Jersey“: Hier habe ich den Gouverneur Phil Murphy getroffen, das hat dann per Video stattgefunden, weil der New Yorker Verkehr es nicht zugelassen hat. Wir haben uns sehr konkret unterhalten über Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien – New Jersey geht da sehr voran – und über den Bereich der Chemie. Auch hier wollen wir die Verwaltungen entsprechend stärker kooperieren lassen. Außerdem haben wir vor, die Unternehmen, die wir teilweise an beiden Standorten haben, im Bereich der Ausbildung stärker miteinander zu verzahnen. Evonik ist ein Beispiel, aber es gibt viele andere auch, die in New Jersey investiert haben. Das vielleicht zu den beiden Bundesstaaten.

Im zweiten Teil will ich etwas sagen zum Thema „Kampf gegen Antisemitismus“. Jeder, der nach New York City fährt, weiß, dass dort vielfach jüdisches Leben sozusagen einen Fokus oder ein Zentrum hat. Deshalb habe ich die Gelegenheit genutzt und habe es dankenswerterweise eingerichtet, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Herrn Ronald Lauder, zu treffen. Er ist eine beeindruckende Persönlichkeit. Mit ihm habe ich darüber gesprochen, wie die Situation gerade in Deutschland ist, was wir in Nordrhein-Westfalen machen, was aus seiner Sicht notwendig ist, auch natürlich über den Konflikt im Nahen Osten.

Das war auch Thema meines Gespräches mit dem Israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, mit Herrn Gilad Erdan, der mitunter auch umstritten ist, der auch keine ganz einfache Situation hat, Israel bei den Vereinten Nationen zu vertreten. Mir war es wichtig, mit ihm persönlich darüber zu sprechen, was das heißt. Ich habe außerdem das Jewish Heritage Museum aufgesucht und traf dessen Präsidenten, um mir über die israelische bzw. jüdische Holocaust- Gedenkarbeit ein Bild zu machen. Mit diesem Museum gibt es eine Kooperation mit unserem MKW, die wir jetzt noch einmal, auch digital ausweiten werden, wo wir Kenntnisse, die dort sind, bei uns Studierenden und anderen zukommen lassen können. Das vielleicht zu diesem Thema.

Dann der dritte Bereich, medienpolitische Termine. Es war so, dass ein kalendarisches Anker für diese Reise die Verleihung der International Emmys in New York war, zu der ich seit sechs Jahren, seit ich Medienbetreuer bin, eingeladen werde, wo ich nie zusagen konnte. Aber dieses Jahr war es im Rahmen der USA-Reise möglich, gemeinsam mit Vertretern der deutschen Sender, Stichwort ZDF, aber

auch des Privatrundfunks und deutscher Produzenten, vor allem aus Nordrhein-Westfalen, und Schauspieler an dieser Emmy Verleihung teilzunehmen. Das ist eine Welt für sich, sehr interessant dieser Ausflug. Es ist, glaube ich, gut, Nordrhein-Westfalen dort zu vertreten. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um dann zusammenzukommen mit Vertretern von Netflix & Co. und über die Fragen zu reden, die für unseren Standort hier wichtig sind.

Medienpolitik spielte auch eine Rolle bei meinem Besuch beim Unternehmenssitz von Microsoft in New York. Da war es vor allem die Frage der Bekämpfung von Hass und Antisemitismus im Netz, was das Unternehmen dazu beitragen kann und in dem Bereich unternimmt.

Ein vierter Punkt dieser Reise war der Einsatz für den UN-Standort Bonn. Hierzu habe ich die UN-Untergeneralsekretärin Melissa Fleming aufgesucht, mit der ich mich zuvor schon einmal in Bonn unterhalten hatte. Ich habe ihr den UN-Standort noch einmal ans Herz gelegt, auch mit Blick darauf, dass es für die UN nicht immer einfach ist, Konferenzstandorte zu finden, die nicht nur organisatorisch, technisch in der Lage sind, sondern auch politisch die nötige Stabilität und – ich sage jetzt mal – Sauberkeit bieten, um Konferenzen veranstalten zu können. Bonn ist an der Stelle etwas, was wir sozusagen permanent vorhalten können bis zu einer gewissen Größe. In Abstimmung mit der dortigen Oberbürgermeisterin habe ich noch einmal für den Standort geworben.

Sie nimmt, glaube ich, schon wahr, dass es bei uns eine andere Unterstützung dafür gibt als an anderen Orten in der Welt – das hat sie auch gesagt –, dass man Gastgeber sein will und nicht sein muss, wie es der UN vielfach woanders ergeht.

Dann, last, but not least – ein kleiner kultureller Einsprengsel – war es mir möglich, eine Vorstellung des Zirkus Roncalli in New York zu besuchen, der zufälligerweise in dieser Zeit gerade nach jahrelanger Planung ein Gastspiel in Big Apple hatte. Deshalb war es mir eine besondere Freude, als Vertreter des Heimatlandes von Roncalli dort auch zu sein. Das hat die auch gefreut und hat sie noch einmal an ihre Wurzeln erinnert.

6 Rückblick auf die erstmalig von der Landesregierung ausgerichtete Woche der Menschenrechte *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Sie wissen, dass wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, eine solche Woche der Menschenrechte durchzuführen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und ihrer Arbeit eine Bühne zu bieten. Wie wichtig das Thema ist, wird jedem bewusst, der die Nachrichten einschaltet, nicht zuletzt gerade wieder mit Blick auf Nawalny, aber auch die Lage der Frauen in Ländern wie dem Iran oder Afghanistan. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Ich will auf die Woche kurz eingehen. Im letzten Jahr war die Premiere. Uns war es wichtig als Landesregierung, bewusst auch solche Orte zu zeigen, die nicht ständig in der Nachrichtenlage sind – Stichwort Ukraine, auch Südsudan und andere stärker in den Blick zu nehmen –, und zum anderen, dass wir das von vornherein möglichst breit aufstellen, also nicht nur ein Thema, das den Minister für Internationales beschäftigt, sondern auch die Ministerin für Wissenschaft und Kultur, die Ministerin für Schule und Bildung, die Ministerin für Flüchtlinge und Integration, aber auch weitere.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, diese Breite in unserem kleinen Programm darzustellen. Wir haben das als Ressort mit einer Auftakt- und eine Abschlussveranstaltung eingerahmt – der Auftakt gemeinsam mit dem Menschenrechtsaktivisten in der Staatskanzlei, der Abschluss eine Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschenrechte mit der Stadt Bonn gemeinsam. Beides ist, glaube ich, für sich genommen gelungen. Beides sind Formate, wozu ich gesagt hätte: Die waren inhaltlich so klasse, die hätten noch mehr Publikum und Sichtbarkeit verdient.

Deshalb ist für uns auch wichtig, dass wir in diesem Jahr mit den Erfahrungen aus dem letzten Jahr arbeiten wollen, den Vorlauf noch länger zu gestalten, gerne auch mit dem Landtag, der auch im ersten Jahr mitgemacht hat, dass man das noch stärker verzahnen kann, aber auch andere Akteure ihren Baustein in eine solche Woche der Menschenrechte einfügen können. Dementsprechend werden wir das als Schlussfolgerung nehmen.

Es gab auch Aktivitäten von Frau Feller und von Frau Brandes, die Schulbesuche bzw. Gespräche mit Wissenschaftlern geführt haben. Ich habe das Fazit gerade schon vorgezogen: Wir haben schon damit begonnen, das rund um den nächsten Tag der Internationalen Menschenrechte noch einmal aufzulegen. Ich würde zu gegebener Zeit gerne hier den Planungsstand präsentieren, verbunden mit der herzlichen Einladung mitzumachen. Das Thema sollte uns alle verbinden.

Romina Plonsker (CDU) bedankt sich für den Bericht. Grundlage sei unter anderem ein Antrag, den die regierungstragenden Fraktionen gestellt hätten. Sie freue sich, wie es umgesetzt werde, dass es den breiten Widerhall in der Gesellschaft gegeben habe und punktuell gute Akzente gesetzt worden seien. Sie bedanke sich, dass diese Idee verstetigt werde.

Serdar Yüksel (SPD) legt dar, wenn man sehe, wie sich die Menschenrechtsslage in der Welt nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von vor 70 Jahren entwickelt habe, werde deutlich, dass das ein wichtiges Thema sei. Aus der SPD-Fraktion gebe es Unterstützung insbesondere dafür, dass das Format keine Eintagsfliege sei. Der Minister habe angekündigt, dass das jedes Jahr gemacht werden solle. Das verdiene Unterstützung und Respekt. Wichtig wäre eine Verzahnung der Schulen, das intensiver zu machen und nicht nur Schulbesuche zu machen. Vielleicht könne man die Schulen animieren, im Rahmen von Projektwochen solch eine Veranstaltung auch zu flankieren. Er bitte, das mitzunehmen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) bedankt sich dafür, dass das so intensiv aufgegriffen worden sei. Er erinnere auch daran, dass im Rahmen dieses Kontextes das Programm „Demokratiebrücken“ entstanden sei, was eine wichtige Außenwirkung mit Blick auf die Unterstützung von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten und anderen habe, die sich dafür einsetzten, dass in den Ländern dieser Welt mehr Gerechtigkeit herrsche. Es sei sehr wichtig, dieses Thema immer weiter in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und immer wieder darauf hinzuweisen, dass es die Erklärung der Menschenrechte gebe und weshalb sie entstanden sei. Was der Grund gewesen sei, zeigten auch die Recherchen, die in dieser Woche aufgeplopt seien, nachzulesen vom Korrektiv, wo man sehen könne, dass es nicht in allen Köpfen angekommen sei, wie bedeutsam es sei, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. Das gelte für jeden Menschen.

Er bedanke sich für die Umsetzung und insbesondere den Ausblick und die Intensivierung in diesem Jahr. Er würde sich freuen, wenn die Ausschüsse des Landtags in ihrer Breite mitmachen würden.

Was die Schulen angehe, so sei es sicherlich richtig, die Schulen immer wieder mit einzubinden. Aber es gehe in die gesamte Zivilgesellschaft, in die Vereine hinein, die sicherlich auch eine Menge dazu beitragen könnten, um die Bedeutung der Menschenrechte herauszustellen und den Einsatz dafür zu stärken.

Vorsitzender Stefan Engstfeld möchte das Thema auf die Tagesordnung einer Ob-leuterunde setzen, damit sich der Ausschuss darüber Gedanken machen könne, wie sich der Ausschuss an der Woche der Menschenrechte beteiligen könne. Vielleicht könne man in dem Zeitraum sogar eine Sondersitzung mit bestimmten thematischen Schwerpunkten durchführen. Darüber sollte ein Brainstorming stattfinden. Er bitte die Abgeordneten, sich Gedanken darüber zu machen.

7 Hilfe für die Ukraine: Förderprogramm „Wiederaufbauprojekte NRW-Dnipropetrowsk (Ukraine)“ (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2109

Romina Plonsker (CDU) bedankt sich für den Bericht – das könne sie als Abgeordnete, aber auch als Bürgerin des Landes Nordrhein-Westfalen tun – und dafür, was die Staatskanzlei zusammen mit den anderen Ministerien für die Menschen in der Ukraine mache, etwa über die Partnerschaft mit Dnipropetrowsk. Leider müsse man immer noch angesichts des Krieges in der Ukraine darüber sprechen, welche Hilfe aus Nordrhein-Westfalen komme. Der Bericht zeige die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung. Sie bedanke sich auch für den persönlichen Einsatz des Ministers.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) kommt darauf zu sprechen, dass das Förderende des Programmes in sechs Wochen sei. Das Förderprogramm solle aber weiterlaufen. Er frage, ob die Kommunen danach direkt wieder Förderanträge stellen könnten oder ob da irgendwelche Fristen zu beachten seien.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) hat eine Nachfrage zu den Förderprojekten. Er sei in der West-Ukraine, in Lwiw gewesen. Er habe sich dort die Arbeit der Polizei angeguckt. Da habe es noch das Prinzip der Briefumschläge unterm Tisch gegeben. Ihn interessiere, wie es da mit der Korruptionsbekämpfung aussehe, damit die Mittel nicht in falsche Kanäle flössen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die Würdigung der Arbeit aus den Ressorts und bei der Zusammenstellung des Berichts. Es zeige sich einerseits die Breite innerhalb der Landesregierung, aber auch die Tiefe innerhalb des Landes. Bewusst werde damit begonnen aufzuführen, was viele Städte an Projekten über das Förderprogramm abwickelten. Da habe man mittlerweile eine große Bandbreite erreichen können, thematisch wie auch in der Breite Nordrhein-Westfalens.

Es zeige sich, dass das Förderprogramm, mit dem das kanalisiert worden sei, dazu beigetragen habe, für die Akteure gewohntere Strukturen zu bilden, wegzukommen von einem Einzelfallmanagement, wo jeder Dezernent, jeder OB sich frage, welchen unsicheren Grund man betrete, wenn man sich darauf wage. Dafür sei im Sommer dieses Förderprogramm aufgelegt worden.

Der Bericht umfasse nicht nur das Förderprogramm, das im letzten Jahr aufgelegt worden sei. Die Verstetigung löse neben der Fokussierung auf die Region – Herr Kreuter habe es eben gesagt – auch immer einen Impuls aus und sei hilfreich für die Akteure. Man sehe es daran, dass darauf breit zugegriffen werde.

Die Akteure und die Ressorts seien entschlossen, das fortzuführen. Die Durchhaltefähigkeit sei gerade in diesem Konflikt besonders wichtig. Wenn man sich mit der ukrainischen

Community unterhalte – er sei sicher, viele der Abgeordneten machten dies –, dann wisse man, dass es vielfach die Sorge gebe, dass die Solidarität irgendwann, aus welchen Gründen auch immer, abreißen könnte. Er glaube, die Landesregierung habe den Beitrag geleistet, dass das durchhaltefähig fortgesetzt werden könne.

Was die Frage nach den Stichtagen angehe, so gebe es einen solchen Stichtag nicht. Man könne weiter beantragen. Das Programm werde nahtlos fortgesetzt. Seinerzeit habe man mit den Mitteln, die der Haushaltsgesetzgeber bereitgestellt habe, das Förderprogramm ausloben können. Die Mittel hätten nach der Kalkulation bis Februar gereicht. Man habe gesagt, erst dann, wenn der Haushaltsgesetzgeber neue Mittel gegeben habe – das sei mit dem letzten Haushalt geschehen –, könne man auch zusagen, dass das Programm über den Februar hinaus fortgeführt werde.

Da seien auch jetzt schon Projekte in der Pipeline, die die ganze Breite darstellen würden. Das werde sehr dankbar und sehr bewusst in der Ukraine auch wahrgenommen.

Rund um die Luftangriffe Ende letzten Jahres habe er mit dem Gouverneur, mit Herrn Serhij Lissak, Kontakt aufgenommen. Neben der Erörterung der Situation habe er gesagt, jeder Transport komme an. Das werde wahrgenommen. Für dort sei das eine tägliche Motivation. Mit dem Blau-Gelben Kreuz sei kurz vor Weihnachten mit Blick auf Energietransformatoren, Krankenhausbetten einiges auf die Straße gebracht worden.

Was nun das Prinzip mit dem Umschlag unter dem Tisch angehe, so kenne er das Prinzip nicht. Dass die Ukraine ein größeres Korruptionsproblem habe, sei öffentlich bekannt. Vor dem Krieg sei das viel diskutiert worden. Das sei mit dem Ausbruch eines Krieges natürlich auch nicht abgestellt. Ihm sei wichtig, dass man bei der Auswahl der Partner sicherstelle, dass diese Gelder nicht veruntreut würden. Deswegen arbeite man auch mit Profis wie Herrn Kreuter und seinem Team zusammen. Dort arbeite man mit Partnern zusammen, die im Nachgang auch den Verwendungsnachweis beibringen würden. Man könne sehen, dass das nordrhein-westfälische Steuerzahlergeld auch zur Anwendung gekommen sei. Das gelte auch für vieles, was man bei den Partnern in Nordrhein-Westfalen unterstütze, der Stadt Duisburg oder Köln oder Vereinen wie „Wir in Europa“. Die seien ja persönlich und mit Adresse bekannt. Sie würden auch dokumentieren, was da gemacht werde.

Das Problem der Korruption müsse auch im Rahmen der Bemühungen um eine europäische Perspektive für die Ukraine gelöst werden. Das gehöre zu den Kriterien, die erfüllt sein müssten.

Serdar Yüksel (SPD) berichtet davon, dass er eine Woche in der Ukraine unterwegs gewesen sei, in Tschernihiw, in Irpin, Butscha, Kiew und in Lwiw. Der Minister habe vom Durchhaltevermögen gesprochen. Ihn habe sehr der Mut und die Durchhaltefähigkeit der Ukrainerin unter Ukrainer beeindruckt. Es gebe faktisch in der gesamten Ukraine keinen sicheren Ort mehr. Durch die ständigen Raketen und Drohnenangriffe könne man sich an keinem Ort in der Ukraine tatsächlich sicher fühlen.

Jetzt habe man schon einen Exodus aus der Ukraine, insbesondere nach Deutschland und Europa. Er erlebe, wie dankbar die Menschen vor Ort seien, wenn die Energiesysteme wieder autark funktionieren könnten, indem Generatoren da seien, oder wenn

die Gesundheitsleistungen noch funktionierten, wobei er als stellvertretender Vorsitzender von AWO International in den Schulen, in den Bunkern unterwegs gewesen sei.

Jede Schule – das habe er nicht gewusst – habe besondere Schutzbunker aus der Sowjetzeit, wo auch die Wärmestuben eingerichtet worden seien. Wenn es Luftalarm gebe, könne man in die Bunker gehen, wo dann die Schülerinnen und Schüler auch unterrichtet würden.

Es möge diese Probleme mit Blick auf Korruption in der Ukraine geben. Es sollte aber nicht der Eindruck entstehen, als sei das ein flächendeckendes Problem in der Ukraine. Die Menschen machten aus wenigen Möglichkeiten sehr viel.

Es sei eigenes Interesse der Europäerinnen und Europäer, die Lebensgrundlagen der Ukrainerinnen und Ukrainer so zu unterstützen, damit nicht ein weiterer Exodus von Millionen von Menschen stattfinde mit allen Unwägbarkeiten und der Destabilisierung, die damit einhergehen würden. Hinter dieser Kriegsführung stecke auch die Absicht, die Ukraine zu entvölkern und insbesondere durch den Migrationsdruck Europa zu destabilisieren.

Eine Antwort darauf sei auch, wirksam zu helfen. Er könne nur das unterstreichen, was der Minister gesagt habe. Die Durchhaltefähigkeit müsse mit Sicherheit noch eine ganze Weile aufrechterhalten bleiben. Das müsse auch das Signal an die Partner in der Ukraine sein. Darauf könne es auch keine zweideutige oder eine andere Antwort geben.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) hat eine Frage zum Thema „Kollektivschutz der Geflüchtete“. Die sogenannte Massenzustromrichtlinie sei im Februar/März 2022 in Kraft gesetzt worden und laufe nach drei Jahren aus, also nächstes Jahr. Er wüsste gerne, ob es schon auf Landesebene in Kooperation mit dem Bund darüber Diskussionen gebe. Es sei anzunehmen, wie in den Wortbeiträgen gerade deutlich geworden sei, dass der Krieg – es wäre zu hoffen, dass er dann zu Ende sei – weiter andauere. Da sei zu überlegen, wie mit den Menschen hier umgegangen werde, wie der Schutzstatus weiterentwickelt werde, ob gewischt werden könne. Ihn interessiere, ob es da mittlerweile schon Gespräche gebe und wie die Erfahrungen auf der Bundesebene in Kooperation mit den anderen Ländern seien.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich bei Herrn Yüksel für die Bekräftigung und die Bewunderung der Durchhaltefähigkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor Ort gegeben sei, auch ohne die Unterstützung von hier. Die Bewunderung teile er. Er habe es bei seinem Besuch auch so erleben können, auch mit den Menschen hier.

Er habe kürzlich mit Frau Neubaur eine Kundgebung in Köln besucht. Das sei kurz nach Luftangriffen in der Ukraine gewesen. Die Menschen dort würden direkte Folgen spüren.

Was die Frage von Herrn Kaiser angehe, so sei das Thema auf der Agenda, müsse aber durch den Bund beantwortet werden. Er wisse, dass das Haus von Frau Paul dazu mit dem Haus von Frau Faeser bereits im Austausch sei, wie man das fortsetze.

Aus seiner Sicht mache es Sinn, da eine gesamteuropäische Lösung zu finden. Das sei damals der Vorteil dieser Regelung gewesen.

Was das allerdings für die Umsetzung in Deutschland heiÙe, sei eine zweite Frage – Stichwort „Bürgergeld“. Das sei eine Sache, die die Bundesregierung beantworten müsse.

8 EU-Projekttag an Schulen in Nordrhein-Westfalen 2024 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2114

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht. Er habe keine Fragen an den Bericht, sondern eine Anregung an den Ausschuss und den Ausschussvorsitzenden. Es sei immer wieder die Rede davon, dass man die europäischen Institutionen stärken müsse, auch den Schülerinnen und Schülern nachvollziehbar erklären müsse, warum Europa gut sei und was man vom Projekt Europa an Vorteilen bisher genossen habe und genießen werde.

Es gebe den EU-Projekttag. Es werde zu Recht darauf hingewiesen, dass ein Teil der Politiker daran teilnehme. Das machten viele auch aus dem Ausschuss. Aber man erreiche nicht alle. Man erreiche weder alle Schüler noch alle Schulen, auch wenn man das wolle. An einem solchen Projekttag sei man auf bestimmte einzelne Schulen angewiesen. Wenn sich zum Beispiel mehrere Schulen zusammenschließen, um die Oberstufen zusammenzubringen, um an einer solchen Podiumsdiskussion teilzunehmen, dann sei das schon sehr viel. So werde das bei ihm in der Region gemacht.

Um so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, wäre es doch hilfreich, wenn dieser Ausschuss einmal über seine Arbeit berichte und das als Möglichkeit zur Verfügung stelle, nicht für eine Präsenzveranstaltung, sondern als Online-Diskussionsgrundlage, die die Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern abrufen könnten, um zu erfahren, was ein Ausschuss in Düsseldorfer Landtag für Europa mache, der sich mit dem Thema „Europa“ beschäftige.

Das sei eine Anregung und könne in der Obleuterunde weiter diskutiert werden. Ähnlich wie bei dem Thema zu den Menschenrechten, bei dem der Vorschlag vom Vorsitzenden gekommen sei, sei es doch eine Möglichkeit, auf die Arbeit des Ausschusses an Schulen hinzuweisen, demokratische Strukturen zu erklären und deutlich zu machen, dass dieser EU-Projekttag nicht in Brüssel alleine stattfinde, sondern dass das auch immer Auswirkungen auf die nationale Ebene, auf Bundes- oder Landesebene habe. Das sei die Idee.

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich für die Anregung, für die er Sympathien hege. Das nehme man mit in die Obleuterunde. Ob das bis zum 4. März funktioniere, wisse er nicht, eher vielleicht für nächstes Jahr. Das werde man diskutieren.

Er meine zu wissen, dass der Landtagpräsident alle Abgeordneten anschreiben werde, um auf diesem Projekttag hinzuweisen, sodass gewährleistet sei, dass auch alle Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen die Infos hätten und sich nach Möglichkeit einbringen könnten.

9 Europäischer Gesundheitsdatenraum – Bedeutung für Nordrhein-Westfalen
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2094

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht. Eine herausgehobene Bedeutung habe das, was da geplant sei. Er finde es sehr schade, dass einer der letzten Anträge seiner Fraktion abgelehnt worden sei, in dem es darum gegangen sei, wie die Patientenversorgung und die Patientenströme innerhalb der Grenzregionen seien, ob Versicherungen diese Leistungen bezahlten und welche Antworten auf Anfragen von Patienten gegeben würden. Ob man sich im Ausland behandeln lassen dürfe, ja oder nein, das sei in vielen Bereichen ungeklärt.

Der Ausschuss habe eine Anhörung dazu durchgeführt. Er glaube, der Europäische Gesundheitsdatenraum benötige die Antworten auf die Fragen, die er damals gestellt habe.

10 Sanierung von Gebäuden in der Europäischen Union *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2102

Dr. Werner Pfeil (FDP) merkt an, das Land sei zuständig nach der Landesbauordnung. EU-Vorgaben würden durchschlagen, wenn man zuständig sei. Der Bericht gebe Antworten, in welchen Bereichen man sehr gut unterwegs sei mit Blick auf die letzte Legislaturperiode und die Änderungen, die damals in der Landesbauordnung vorgenommen worden seien, und auch auf das, was möglicherweise kommen werde.

Wenn man bestimmte Maßnahmen, die über EU-Vorgaben hinausgingen, umsetzen wolle, sei man im Rahmen der Inländerdiskriminierung und Verschärfung von EU-Recht, was eigentlich niemand wolle.

Auf der anderen Seite, wenn eine EU-weite Harmonisierung von solchen Standards auch bei Gebäuden umgesetzt werden solle, müsse man sich frühzeitig mit den Abgeordneten unterhalten, und das passiere in Brüssel. Deswegen sei das eine oder andere, dass hier diskutiert werde, sinnvoll im Hinblick auf zu erlassende Änderungen.

Wenn das Land rechtlich zuständig sei, dann müsse man sich Gedanken im Vorfeld dazu machen. Oftmals passiere das erst im Nachhinein, wenn die Richtlinie fertig sei und man damit als Abgeordneter konfrontiert werde. Das als Hinweis, dass eine frühzeitige Beteiligung von Abgeordneten auf Landesebene für Bereiche, in denen das Land auch zuständig sei, gar nicht schlecht wäre.

11 Was bedeutet das „Gesetz über Künstliche Intelligenz“ für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2110

Serdar Yüksel (SPD) bedankt sich für den Bericht. Die bisherige Regelung, der Vorschlag der EU-Kommission aus dem Jahre 2022 sei aus seiner Sicht schon überholt. Es werde wichtig sein, den konsolidierten Text tatsächlich zu kennen.

Er bitte, die Beratung zu verschieben und sich dann damit zu beschäftigen, wenn der konsolidierte Text der Einigung vorliege, insbesondere wenn es um einen risikobasierten Ansatz gehe. Dann sollte sich der Ausschuss das noch einmal genauer anschauen.

12 Wie bewertet die Landesregierung die Einigung zum „EU-Lieferkettengesetz“ für NRW? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2099

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Eine Frage sei nicht beantwortet worden, nämlich was die Landesregierung plane, um die Einhaltung menschenrechtlicher, umwelt- und klimabezogener Sorgfaltspflichten in den globalen Lieferketten zu stärken. Sie frage, welche eigenen Aktivitäten die Landesregierung plane, um die Dynamik fairer Lieferketten auch im eigenen Wirkungsbereich zu unterstützen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) führt aus, der Bericht aus dem MWIKE stelle dar, dass noch nicht abschließend bewertet werden könne, was da am Ende herauskomme. Insgesamt bewahrheite sich das, was viele befürchtet hätten, dass die europäische Regelung an vielen Stellen deutlich strenger sei als das deutsche Lieferkettengesetz. Das werde aus Sicht der Wirtschaft als Belastung gesehen. Es seien weitaus mehr Unternehmen betroffen.

Die Berichtspflicht betreffe die gesamte Lieferkette. Es gebe Verschärfungen in Bezug auf den Umweltschutz. Es gebe die zivilrechtliche Haftungsklausel. Das seien Dinge, die von der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zumindest als Belastung dargestellt würden.

Es gebe genauso auch Beispiele, bei denen man sagen könne, gut, dass Belange der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt worden seien. So sehe das auch die Landesregierung. Die Landesregierung hätte sich an einigen Stellen noch eine engere Fassung des Anwendungsbereiches gewünscht, um Bürokratielasten zu vermeiden. Auch eine Begrenzung der zivilrechtlichen Haftung hätte man sich vorstellen können. So richtig könne man die konkreten Auswirkungen für die Unternehmen erst nach der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht bewerten. Er gehe davon aus, dass das im Sommer, Herbst 2026 der Fall sein werde.

Das MWIKE prüfe derzeit, welche Unterstützungen bereits von Branchenverbänden jetzt erbracht würden und wo darüber hinaus die Landesregierung unterstützen könne. Man müsse gucken, dass man in der Folge aufpasse, dass die Landesregierung nicht, indem sie zu früh schon sage, was sie sich alles vorstellen könne, den Elan innerhalb der Branchenverbände schwäche oder abbremse. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft müsse an der Stelle auch zum Tragen kommen. Man müsse aufpassen, dass man nicht meine, als Politik oder Verwaltung alles machen zu können.

Ob man das auch besser mache, stehe auf einem zweiten Blatt Papier. Klar sei, da, wo es in der Umsetzung Unterstützung brauche, werde es am Ende nicht fehlen.

Inge Blask (SPD) hält fest, Herr Liminski habe den entscheidenden Satz wiederholt. In der Vorlage sei auch zu lesen:

„Aus Sicht der Landesregierung wäre zur Vermeidung von Bürokratielasten jedoch eine engere Fassung des Anwendungsbereichs und eine Begrenzung der zivilrechtlichen Haftung vorzugswürdig gewesen.“

Sie wundere sich schon. Das schein eher eine CDU-Haltung zu sein. Da fehle ihr an der Stelle die grüne Handschrift. Denn auf der EU-Ebene hätten die EU-Politikerinnen und Politiker sich anders geäußert und hätten gesagt, dass sie hart verhandelt hätten und dass das Gesetz weit über das deutsche Gesetz hinausgehe. Sie stelle fest, dass sich die CDU-Richtung in der Stellungnahme wohl durchgesetzt habe.

13 Was bedeutet die allgemeine Ausrichtung zur „Netto-Null-Industrie-Verordnung“ des Rates für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2103

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Nun gebe es eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, die Europa transformieren würden. Das Thema „Gebäuderichtlinie“ sei gerade angesprochen worden. Auch die Netto-Null-Industrie-Verordnung verursache einschneidende Veränderungen in den nächsten Jahren.

Sie frage, wie sich Nordrhein-Westfalen in dieses Verfahren eingebracht habe, ob der Minister oder Frau Ministerin Neubaur sich für bestimmte Teile der Verordnung stark gemacht hätten.

NRW sei ein starker Industriestandort. Das werde heftige Konsequenzen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen haben, weil sie sich sehr verändern müsse. Sie frage konkret nach den Konsequenzen und Handlungsbedarfen für Nordrhein-Westfalen. Sicher sei noch nicht alles in der Umsetzung. Sie wüsste gerne, was der Minister vermutet und ob er absehen könne, welche Veränderungen sich für Nordrhein-Westfalen ergeben würden.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) antwortet, der Industrieplan zur Finanzierung des Green Deals sei ein Anliegen und nicht nur eine Belastung. Es sei wichtig, den Gesetzgebungsprozess zur entsprechenden Verordnung aktiv zu begleiten. Das hätten Frau Ministerin Neubaur und er durch entsprechende Gespräche in Brüssel getan.

Außerdem habe Kollege Speich im Ausschuss der Regionen federführend an der Stellungnahme dazu gearbeitet. Kernforderungen daraus seien in der Ratspositionierung enthalten, etwa die Erweiterung des Anwendungsbereiches, die sich positiv auswirke, die Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette. Das betreffe das One-Stop-Shop-Verfahren für die verschiedenen Ebenen.

Bei manchen Dingen habe man sich nicht durchgesetzt. Das sei üblich in europäischen Verfahren, wenn er etwa an die stärkere Privilegierung der JTF-Gebiete denke, die man sich gewünscht hätte. Damit habe man sich nicht durchsetzen können. Das sei auch der Grund, warum man den weiteren Trilog eng begleiten werde. Er sei Mitte Februar wieder in Brüssel und werde dann auch zu dem Thema entsprechende Gespräche führen. Das stehe nicht in den Medien, gehöre aber zur Kärnerarbeit und zum Klinkenputzen eines Europaministers. Frau Neubaur mache das in gleicher Weise.

14 Verschiedenes

hier: **Schalom-Chaveruth: Solidaritätspartnerschaften NRW-Israel**

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) kündigt an, dass er über das Programm im Ausschuss berichten werde. Über die ersten fünf Projekte sei schon konkret entschieden worden. Andere seien in der Pipeline. Es laufe sehr gut an. Der geringe Zeitverzug sei auf die bundesseitigen Zusagen zurückzuführen, die notwendig gewesen seien, damit die Partner das auch entsprechend machen könnten.

Es gebe ein Interesse in Israel selber. Das Landesbüro sei da sehr aktiv. Es gebe auch ein Interesse Nordrhein-Westfalens. Es bilde sich ab, dass man eine ziemliche Breite habe, was die Städte angehe, die mitmachen wollten. Das sei sehr wichtig, sodass NRW seinen Beitrag dazu leiste, was etwa den Wiederaufbau an den Orten betreffe, wo der Hamas-Terror besonders zugeschlagen habe. Natürlich gebe es dazu Anfragen, die beantwortet würden. Einen geschlossenen Bericht werde er zur gegebener Zeit hier im Ausschuss präsentieren.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

6 Anlagen

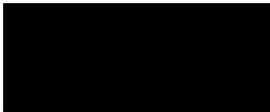
13.02.2024/20.02.2024



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24. Oktober 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 3. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 3. November 2023:

TOP 1 – Reisebericht Ungarn

Wir bitten um einen mündlichen Bericht über die letzte Reise des Ministers für
Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales des Landes Nordrhein-
Westfalen nach Ungarn. Bitte gehen Sie dabei darauf ein, mit welchen
Akteuren welche Themen adressiert wurden und mit welchen Ergebnissen.

**TOP 2 – Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit
ausländischen Staaten**

Bitte legen Sie dar, welche Inhalte der jeweiligen Partnerschaftserklärungen
NRWs mit ausländischen Staaten / Regionen bisher umgesetzt wurden,
inwiefern dies geschehen ist und welche Punkte der jeweiligen
Vereinbarungen noch umzusetzen sind. Bei letzterem Punkt gehen Sie bitte
darauf ein, was die Landesregierung plant, um dies zu tun. Bitte nehmen Sie
bei der Beantwortung dieser Fragen darauf Bezug, wann jeweils das letzte

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Arbeitstreffen bzw. die letzte Regierungskonsultation stattgefunden hat und mit welchen Ergebnissen.

TOP 3 – Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa

Am 20.07.2023 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Bewertung des Förderinstruments der sogenannten Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa vorgelegt. Damit erfüllt die Kommission eine Verpflichtung aus der Horizont-Europa-Verordnung, die eine solche Zwischenevaluation zwei Jahre nach dem Start der Missionen vorschreibt.

- Wie fällt die Bilanz für NRW, aufgelistet nach den jeweiligen Missionen aus?
- Welche Ziele verfolgt die Hochschulpolitik der Landesregierung für die kommende Phase?

TOP 4 – Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?

Im Koalitionsvertrag heißt es „Wir werden die Eine-Welt-Strategie des Landes an die neuen internationalen politischen Realitäten anpassen.“ (Zeilen 6668-6669). Bitte erläutern Sie, wie die überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung aussieht.

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL



Romina Plonsker MdL – CDU-Landtagsfraktion NRW
Berivan Aymaz MdL Grüne im Landtag NRW
Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL

Romina Plonsker MdL

Sprecherin für Europa und Internationales
der CDU-Landtagsfraktion

Berivan Aymaz MdL

Sprecherin für Europa und Internationales
der Grünen-Landtagsfraktion

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024:

„Hilfe für die Ukraine: Förderprogramm „Wiederaufbauprojekte NRW-Dnipropetrowsk (Ukraine):

Im Rahmen der seit dem 28. Februar 2023 bestehenden Regionalpartnerschaft mit der ukrainischen Region Dnipropetrowsk wurde am 14. September 2023 der Startschuss für das Förderprogramm „Wiederaufbauprojekte NRW-Dnipropetrowsk (Ukraine)“ gegeben. Über die bereits laufende humanitäre Hilfe hinaus sollen über das Programm Projekte gefördert werden, die zum Wiederaufbau in Dnipropetrowsk beitragen. Es richtet sich an Kommunen, Hochschulen, Vereine, Kultureinrichtungen und weitere gesellschaftliche Akteure aus NRW, die mit Partnern in Dnipropetrowsk zusammenarbeiten. Langfristig werden laut Landesregierung Kooperationen zu gemeinsamen Zukunftsthemen angestrebt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

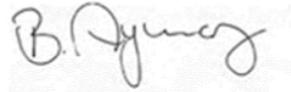
1. Wie ist der Stand der Projekte, die im Rahmen des Förderprogramms bereits angemeldet wurden? Welche Projektträger haben Anträge eingereicht und zu welchen Themen?
2. Inwiefern trägt das Förderprogramm dazu bei, die beiden Regionen auch auf kommunaler Ebene zu verbinden?
3. Welche Unterstützungsleistungen wurden seitens der Landesregierung innerhalb der einzelnen Ressorts im vergangenen Jahr 2023 geleistet?

4. Welche konkreten Hilfsleistungen seitens der Landesregierung sind im Rahmen der Regionalpartnerschaft in Planung?
5. Zu welchen gemeinsamen Zukunftsthemen werden Kooperationen angestrebt?

Mit freundlichen Grüßen



Romina Plonsker MdL



Berivan Aymaz MdL

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

[FDP-Landtagsfraktion NRW](#) | [Platz des Landtags 1](#) | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

19.12.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 12. Januar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

EU-Projekttag an Schulen in Nordrhein-Westfalen 2024

Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sollen auch in Zukunft die Basis des Zusammenlebens in Europa sein. Eine sehr gute Gelegenheit dies zu untermauern stellt dabei der EU-Projekttag an Schulen dar, welcher im Jahr 2007 während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft initiiert wurde. Im Rahmen dieses Formates besuchen Politiker der unterschiedlichen politischen Ebenen Schulen, um sich dort mit den Schülerinnen und Schülern über die EU auszutauschen. Es soll außerdem dazu beitragen, dass sich die jungen Europäer und Europäerinnen mit der EU auseinandersetzen und Interesse an ihr gewinnen. Das Format kann dabei frei gewählt werden, auch ein digitaler Austausch ist möglich. Der nächste EU-Projekttag an Schulen findet am 04.03.2024 statt.¹

In Nordrhein-Westfalen können sich Schulen im „geschützten Schulverwaltungsbe-
reich des Bildungsportals (Anmeldung mit den Benutzerdaten für die zentralen

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdpif_nrw



FDPfraktionNRW

¹<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/eu-projekttag-an-schulen>, letzter Zugriff: 18.12.2023

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Schulverwaltungsanwendungen) bis zum zum 15. Februar 2024² eintragen. Dadurch soll Werbung nach außen gemacht und die Kontaktaufnahme erleichtert werden. Die Teilnahme für die Schulen ist freiwillig, zudem kann die Veranstaltung auch einige Tage vor oder nach dem 04.03.2024 stattfinden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Schulen und Politiker sowie Politikerinnen nahmen 2022 und 2023 am EU-Projekttag teil?
- Wie viele Schulen und Politiker sowie Politikerinnen nehmen nach Kenntnis der Landesregierung 2024 am nächsten EU-Projekttag an Schulen teil?
- Plant die Landesregierung für den 04.03.2024 landesweite Aktionen in Nordrhein-Westfalen durchzuführen?
- Welche Aktionen sind in Bezug auf digitale Formate geplant?
- Kann nicht der Europaausschuss des Landtages virtuell den Schülerinnen und Schülern ein 50 minütiges Angebot anbieten, an denen die Schulen sich zuschalten können und die Politiker je Fraktion mit 5 minütigen Statements über ihre Arbeit informieren und ein Kurzfilm über die Arbeit des Europaausschusses die Schüler landesweit informiert. Danach kann dann in den Schulen darüber diskutiert werden.
- Mit welchen Maßnahmen wirbt die Landesregierung um die Teilnahme an dem Projekttag?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

² <https://www.schulministerium.nrw/eu-projekttag>, letzter Zugriff: 19.12.2023

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

[FDP-Landtagsfraktion NRW](#) | [Platz des Landtags 1](#) | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

19.12.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 12. Januar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Europäischer Gesundheitsdatenraum - Bedeutung für Nordrhein-Westfalen

Nachdem sich im Dezember sowohl die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) als auch das Europäische Parlament (EP) auf ihre Position zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission verständigt haben, werden bald die finalen Verhandlungen zum dem geplanten Europäischen Gesundheitsdatenraum (European Health Data Space, EHDS) aufgenommen.

Der Entwurf der Kommission sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU einen besseren Zugang zu und eine bessere Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten in den gesamten EU haben. Außerdem sollen sich Vorteile für Forschung und Innovation ergeben, grenzüberschreitende Hürden abgebaut und der Datenaustausch ausgebaut werden. Des Weiteren ist im Bereich der Digitalisierung geplant: „Alle Länder sollen bis Ende 2025 nationale Dienste für den Zugang zu Gesundheitsdaten einrichten, die auf der Plattform MeineGesundheit@EU basieren.“¹

¹<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20231207STO15736/europaischer-raum-fur-gesundheitsdaten-zugang-zu-ihren-gesundheitsdaten>, letzter Zugriff: 19.12.2023

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdpif_nrw



FDPfraktionNRW



Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Folgen hätte die Einführung des EHDS für Nordrhein-Westfalen?
- Inwieweit würden sich Änderungen für die Bewohner in der Grenzregion zu den Niederlanden und Belgien ergeben?
- Welche Schritte müssten in der Digitalisierung des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen getätigt werden, wenn die Verordnung der EU in Kraft treten sollte?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

[FDP-Landtagsfraktion NRW](#) | [Platz des Landtags 1](#) | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

19.12.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 12. Januar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Sanierung von Gebäuden in der Europäischen Union

Um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen werden in der Europäischen Union (EU) verschiedene Maßnahmen geplant und umgesetzt. Dazu zählen auch Vorhaben im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden. Am 07.12.2023 haben sich die gesetzgebenden Organe im Trilog informell auf die „Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“¹ geeinigt. Das grundlegende Ziel ist, dass bis zum Jahr 2050 alle Gebäude in der EU klimaneutral sind. Der Kompromiss legt unterschiedliche Richtwerte und Zeitpunkte für die Sanierung unterschiedlicher Nutzungsarten von Gebäuden fest, beispielsweise für die Sanierung von Gebäuden mit einer schlechten Energieeffizienz oder die Verpflichtung zum Bau von emissionsfreien Neubauten ab dem Jahr 2030. Nach der informellen Einigung müssen das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten dem Vorhaben noch zustimmen.

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdpif_nrw



FDPfraktionNRW

¹<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231204IPR15651/energieeffizienz-von-gebauten-abgeordnete-erzielen-einigung-mit-dem-rat>, letzter Zugriff: 19.12.2023



Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Was bedeutet die Trilogeinigung zur Gebäudeeffizienz für das Bauen in Nordrhein-Westfalen und die Landesbauordnung?

Mit freundlichen Grüßen

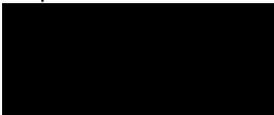
Dr. Werner Pfeil



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

19. Dezember 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 12. Januar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 12. Januar 2024:

TOP 1 – Was bedeutet das Gesetz über Künstliche Intelligenz für NRW?

Am 9. Dezember 2023 wurde im interinstitutionellen Dialog ein Kompromiss
zur Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche
Intelligenz (COM(2021) 206 final – „Gesetz über Künstliche Intelligenz“)
gefunden.

- Wie bewertet die Landesregierung den Kompromiss für NRW, seine
Bürgerinnen und Bürger sowie für die unterschiedlichen Akteure und
Institutionen in NRW, die sich damit in Zukunft auseinander zu setzen
haben? Bitte erörtern Sie dabei welche Konsequenzen und
Handlungsnotwendigkeiten daraus möglicherweise hervorgehen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

**TOP 2 – Wie bewertet die Landesregierung die Einigung zum EU-Lieferkettengesetz für NRW?**

Am 14. Dezember 2023 erzielten die Unterhändler der EU-Institutionen einen Trilog-Kompromiss zur Verabschiedung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD – „EU-Lieferkettengesetz“).

- Was bedeutet die Umsetzung dieser Richtlinie für die verschiedenen betroffenen Akteure in NRW?
- Sieht die Landesregierung hier Handlungs- und Beratungsbedarf? Wenn ja, wo, für wen und wie plant sie ihn umzusetzen?
- Was plant die Landesregierung, um die Einhaltung menschenrechtlicher, Umwelt- und Klimabezogener Sorgfaltspflichten in den (globalen) Lieferketten zu stärken?

TOP 3 – Was bedeutet die allgemeine Ausrichtung zur Netto-Null-Industrie-Verordnung des Rates für NRW?

Bei der Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 7. Dezember 2023 billigte der Rat seine allgemeine Ausrichtung zur Netto-Null-Industrie-Verordnung (COM(2023) 94 final).

- Wie beurteilt die Landesregierung diese Positionierung für NRW?
- Welche Konsequenzen und Handlungsbedarfe erwartet sie insgesamt für NRW, wenn die Verordnung final beschlossen sein wird?
- Wie plant die Landesregierung die vorgesehenen Nachhaltigkeitskriterien für die öffentliche Beschaffung in NRW umzusetzen?
- Gibt es weitere Beschlüsse, die auf der Ratstagung gefallen sind, die besondere Relevanz für NRW haben werden? Wenn ja welche, warum und welche Konsequenzen und Handlungsbedarfe ergeben sich daraus für NRW?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL